

INHALT

■ ARBEITSSCHWERPUNKTE

Chemikalienrecht	6
Erfolgreiche Vorbereitungen für 2018	
Nanomaterialien	7
Kleine Stoffe, große Auseinandersetzung	
Hormonschädliche Stoffe	8
Wasser	8
Emissionsregister Oberflächengewässer wird novelliert	
Responsible Care	9
Rechtliche Anerkennung erlangt	
Gefahrguttransport – TUIS	10
Vorbereitung auf neue gefahrgutrechtliche Bestimmungen	
Anlagenrecht	10
BREF-Revisionsprozesse und Leitfadens zum Ausgangszustandsbericht	
Abfallrecht	11
Für ein neues, realistisches EU-Abfallwirtschaftspaket	
Marine Litter – ein weltweites Problem	12
Patentlösung für das Problem fehlt noch	
Energie, Klima und Luft	13
EU-Klima- und Energiepaket 2030	
Bildung und Kommunikation	14
Junge Forscher – Chemie als Faszination erkennen	
Arbeitswelt	15
Mehr Sicherheit, höhere Gehälter	
Forschung	15
Wettbewerbsfähigkeit stärken, Erfolgsquoten steigern	

■ SCHWERPUNKT RISIKOKOMMUNIKATION

Wer nichts weiß, muss alles glauben	17
Wie vermittelt man am besten Chancen und Risiken? Wie ermittelt man Grenzwerte und wie kommuniziert man das am besten?	
Risikokommunikation: Gefahr, Risiko und Exposition	18
Chemie – zwischen Chance und Risiko	19
Wenn wir Gefahren besser verstehen, wird die Lage deswegen nicht gefährlicher	
Die Stimme der Vernunft ist leise	20
In der Debatte um Pflanzenschutz agieren Umweltorganisationen als Propheten des Weltunterganges und die Politik hüpft populistisch hinterher	

■ DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Wirtschaftsbericht	22
Chemische Industrie Österreich 2014	
Pharmazeutische Industrie	23
Biokraftstoffe	24
Nachrichtungsverordnung: Wettbewerbsnachteile weggefallen	
Biotechnologie	24
Umorganisation der Austrian Biotech Industry weiterbetrieben	
Kunststoffe	25
Impulse durch das Auslandsgeschäft	
Pflanzenschutz	26
Spürbare Folgen durch Neonicotinoid-Verbote	
Düngemittel	26
Nachfragesteigerung zu erwarten	
Wasch- und Reinigungsmittel	27
Nachhaltigkeit im Mittelpunkt	
Kosmetik	27
Neues Kosmetikrecht kein Stolperstein	
Lacke und Anstrichmittel	28
Ein ernüchterndes Jahr, aber neue Lehrlingsausbildung	
Biozide	29
Weniger Auswahl an Biozidprodukten	
Bauchemie	29
Schwierige Umstände, gute Kooperationen	
Faserindustrie	29
Wachstum trotz widriger Rahmenbedingungen	
Technische Gase	30
Einfachere und kostengünstigere Rahmenbedingungen notwendig	
Kautschukverarbeitende Industrie	30
Herausfordernde Rahmenbedingungen	
Bitumenemulsionsindustrie	30
Lachendes und weinendes Auge	
Dach- und Abdichtungsbahnen	30
Erfolge durch Innovation und Kundenservice	

■ ANHANG

Geschäftsverteilung	32
Ausschüsse	33
Statistik	34

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!



Dr. Peter Untersperger
Fachverbandsobmann

Das vergangene Jahr war für die chemische Industrie herausfordernd und so konnte auch 2014 nicht der erhoffte Aufschwung erreicht werden: Mit einem Umsatzplus von 0,5 Prozent hat sich die Branche nunmehr das dritte Jahr seitwärts bewegt.

Während die Inlandsnachfrage erneut zurückging, konnte im Export auch im Vorjahr ein Plus verzeichnet werden. Daraus wird ersichtlich, dass sich die österreichische chemische Industrie im internationalen Vergleich nach wie vor behaupten kann. Vor dem Hintergrund der weltweiten Konkurrenz und dem verschärften Wettbewerb sind jedoch stetige Optimierungen der Produkte und Produktionsprozesse notwendig, um auch zukünftig auf dem globalen Chemiemarkt bestehen zu können.

Die chemische Industrie ist als zweitgrößte heimische Industriebranche ein zentraler Player am Standort Österreich. Gleichzeitig wird ihr in der öffentlichen Diskussion nicht der Stellenwert beigemessen, der ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihren hochwertigen Produkten entspricht. Gerade für eine forschungsintensive Branche ist es wichtig, dass sie in einem technikfreundlichen Umfeld agieren kann. Deshalb sollte uns zu denken geben, dass bei der aktuellen Eurobarometer-Umfrage zur öffentlichen Wahrnehmung von Wissenschaft, Forschung und Innovation Österreich erneut am unteren Ende rangiert. Hierzulande werden im EU-Vergleich nur selten positive, häufig aber negative Auswirkungen von Forschung und Innovationen gesehen.

Unwissenheit fördert „Chemie-Skepsis“

Diese kritische Einstellung gepaart mit mangelndem Interesse und damit verbundener Unwissenheit im Bereich der Naturwissenschaften trägt sicher mit dazu bei, dass wir mit einer weitverbreiteten „Chemie-Skepsis“ konfrontiert sind. Durch seine bildungsbezogenen Aktivitäten versucht der Fachverband – mit ersten Erfolgen, was Absolventenzahlen betrifft – diesem Trend entgegenzusteuern.

Darüber hinaus ist die Branche nicht zuletzt durch die rasante Entwicklung und steigende Verbreitung sozialer Medien mehr und mehr gefordert, sich in die öffentliche Diskussion über das Risiko, das bei der Herstellung und Verwendung ihrer Produkte besteht, einzubringen. Aus diesem Grund haben wir als Schwerpunktthema des Jahresberichtes die Thematik „Chemie und Risikokommunikation“ gewählt.

Mit Beiträgen externer Experten wollen wir unsere eigene Sichtweise auf diesen Themenkomplex erweitern und dadurch neue Ansätze für die Kommunikation der Branche gewinnen. Denn: „Nichts geschieht ohne Risiko, aber ohne Risiko geschieht auch nichts.“

Ihr

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'P' followed by a long horizontal line and a vertical stroke at the end.

Dr. Peter Untersperger



ARBEITSSCHWERPUNKTE

Chemikalienrecht	6
Nanomaterialien	7
Hormonschädliche Stoffe	8
Wasser	8
Responsible Care	9
Gefahrguttransport – TUIS	10
Anlagenrecht	10
Abfallrecht	11
Marine Litter – ein weltweites Problem	12
Energie, Klima und Luft	13
Bildung und Kommunikation	14
Arbeitswelt	15
Forschung	15



CHEMIKALIENRECHT

Erfolgreiche Vorbereitungen für 2018

Stoffrecht, REACH, CLP, Biozide. Für die Mitglieder des Fachverbandes begannen die Vorbereitungen für die letzte Registrierungsphase, die spätestens Mitte 2018 abgeschlossen sein muss. Wegen der geringeren Jahresmenge der zu registrierenden Stoffe werden diesmal von viel mehr Unternehmen wesentlich mehr Stoffe zu registrieren sein. Die Vorbereitung auf die Registrierung ist in diesem Tonnagenband sicherlich ebenso zeit- und ressourcenintensiv wie die Registrierung selbst. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Gerade kleine und mittlere Unternehmen stoßen an ihre Grenzen. Die notwendige Unterstützung der KMUs wird daher ein Hauptaugenmerk der Fachverbandstätigkeit sein.

Darüber hinaus werden regelmäßig neue, besonders besorgniserregende Stoffe auf die Zulassungskandidatenliste gesetzt. Das eigentliche Zulassungsverfahren begann im abgelaufenen Jahr zu greifen. Anträge für die Verwendungen von zulassungspflichtigen Stoffen wurden gestellt, erste Zulassungen erteilt. Obwohl sich der Zulassungsprozess von der ersten Absichtsankündigung bis zur Aufnahme in

die Liste der zulassungspflichtigen Stoffe über mehrere Jahre zieht, ist für Unternehmen die Zeit oft zu kurz. Die Lieferketten sind kompliziert, die eigene Betroffenheit daher häufig nicht auf den ersten Blick sichtbar. Die negativen sozioökonomischen Konsequenzen einer Zulassungspflicht führten daher 2014 zu einem

„Die Lieferketten sind kompliziert, die eigene Betroffenheit daher häufig nicht auf den ersten Blick sichtbar.“

teilweisen Stopp des Prozesses auf Kommissionsebene und zur Bereitschaft, diese Aspekte stärker zu berücksichtigen und gleichzeitig den Zulassungsprozess für Unternehmen zu vereinfachen.

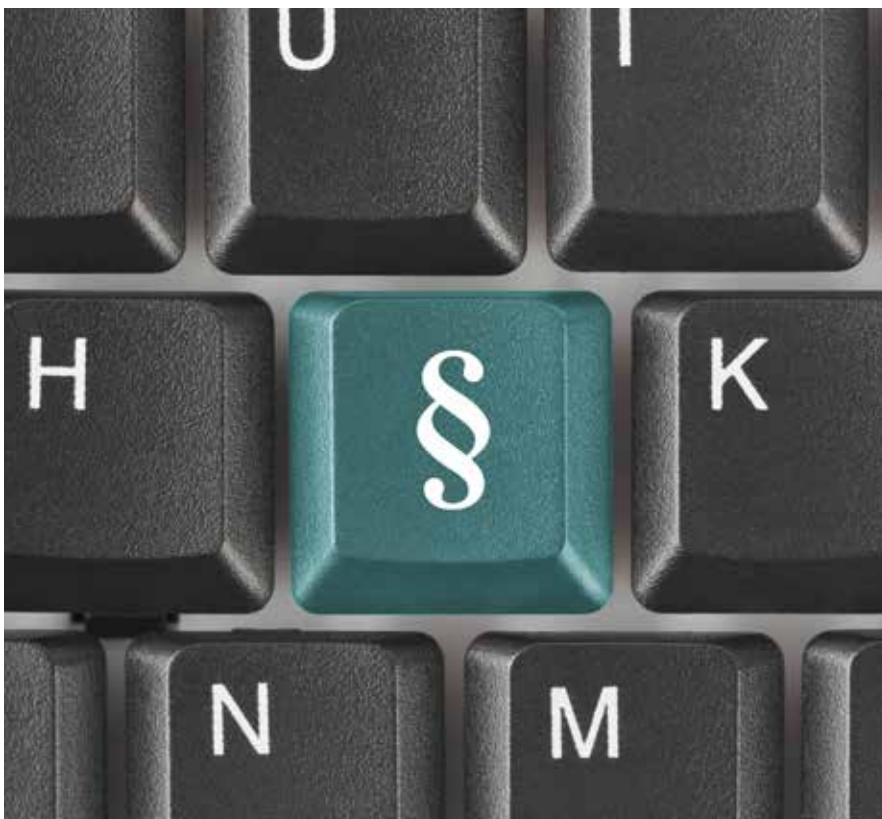
Individuelle Beratung. Auch die Kommunikation entlang der Lieferkette durch das Sicherheitsdatenblatt, das im Fall von registrierten Stoffen durch Angaben zur sicheren Verwendung ergänzt werden muss („erweitertes“ Sicherheitsdatenblatt), erfordert zusätzlichen Aufwand für Stoffhersteller. Deshalb unterstützt das Fachverbandsbüro seine Mitgliedsbetriebe

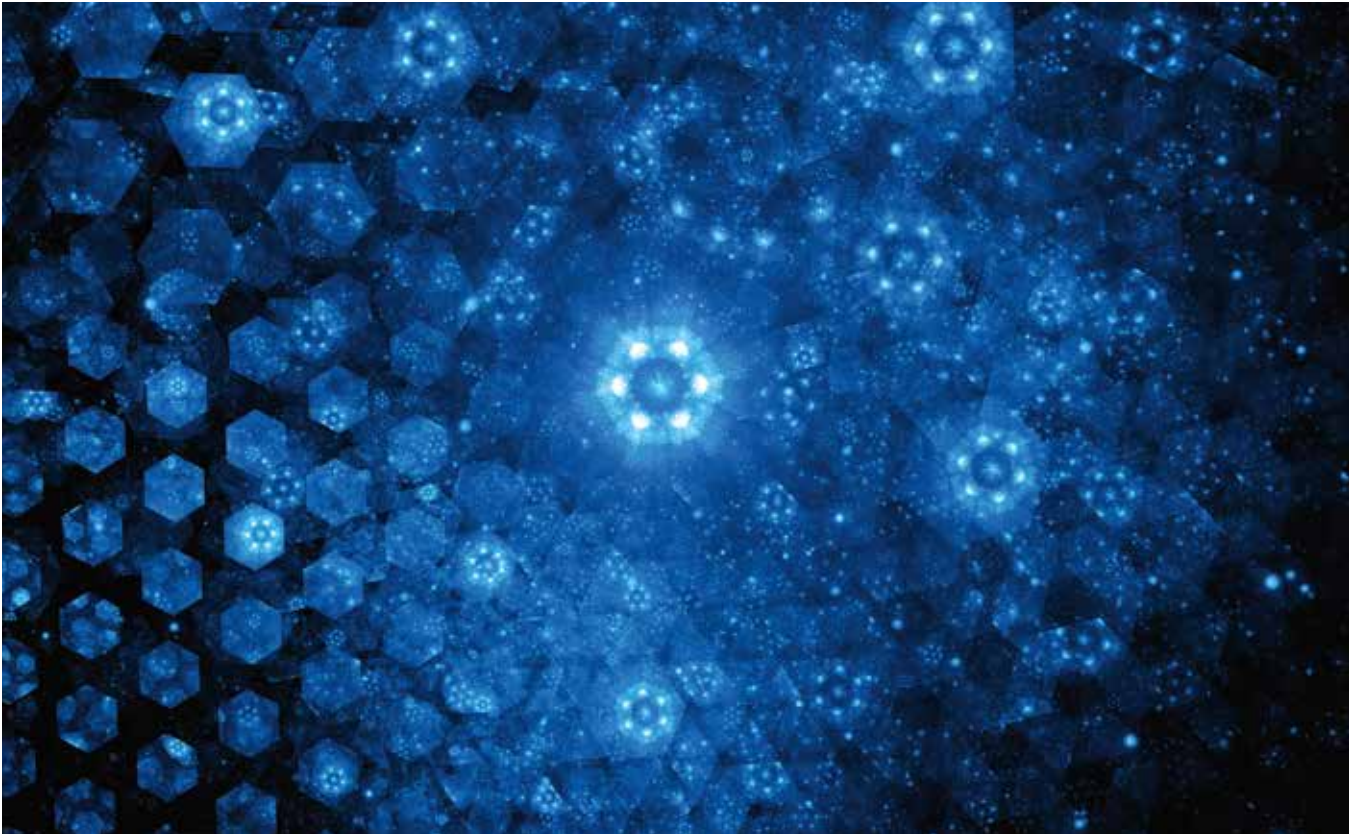
weiterhin aktiv: Zahlreiche Veranstaltungen wurden auch im Jahr 2014 wieder gemeinsam mit der Umweltpolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer und dem Wirtschaftsministerium durchgeführt, Leitfäden weiterentwickelt und die individuelle Beratung der Mitgliedsbetriebe fortgesetzt.

Zusätzlichen Aufwand für die Unternehmen bringt die Umstellung der Einstufung und Kennzeichnung auf die Vorgaben der CLP-Verordnung: Gemische, wie Düngemittel, Farben und Lacke, Klebstoffe, Pflanzenschutzmittel sowie Wasch- und Reinigungsmittel, müssen bis spätestens 1. Juni 2015 den neuen Anforderungen entsprechen.

Ungewisse Änderungen. Für die Unternehmen bleibt ungewiss, wie sich die Änderungen aufgrund der CLP-Verordnung in nachgelagerten Rechtsmaterien, beispielsweise im Arbeitnehmerschutz, im Anlagenrecht, im Abfallrecht oder auch im Transportrecht auswirken. An der Anpassung dieser Rechtsmaterien wird ebenfalls intensiv gearbeitet, die Konsequenzen werden allerdings erst nach Mitte 2015 wirklich transparent ersichtlich sein. Diese Rechtsanpassungen dürfen keinesfalls zu einer Verschärfung der Anforderungen für die Betriebe führen.

Der Fachverband fordert außerdem, dass den durch REACH und CLP deutlich gestiegenen europaweiten Anforderungen im Chemikalienrecht auch in Österreich Rechnung getragen wird. Für zusätzliche nationale Sonderbestimmungen – wie beispielsweise das Giftrecht – soll gelten: Nur jene Aspekte werden beibehalten, die einen wirklichen Zusatznutzen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt bringen. Eine Überarbeitung der entsprechenden Bestimmungen im Chemikaliengesetz, die ebenfalls an die CLP-Verordnung angepasst werden müssen, soll im ersten Halbjahr 2015 abgeschlossen sein. Gleiches gilt für die Anpassung der Abgabebeschränkung von Chemikalien in Selbstbedienung.





NANOMATERIALIEN

Kleine Stoffe, große Auseinandersetzung

Drei Schwerpunkte. Nanomaterialien sind auch in den EU-Präsidentschaften nach wie vor ein Top-Thema, wobei drei Schwerpunkte das aktuelle Bild prägen:

- Adaptierung der REACH-Anhänge,
- Evaluierung der Definition von Nanomaterialien,
- Nano-Transparenz und Inventar.

Zur Adaptierung und Erweiterung der REACH-Anhänge für Nanomaterialien hat es im Jahr 2014 verschiedene Vorschläge gegeben, aber immer noch keine Einigung zwischen DG ENTR (jetzt DG GROW) und DG ENV. Ein wichtiger Knackpunkt ist die Art der Gruppierung verschiedener Nanoformen eines Stoffes sowie deren Nachweis. Bis Ende 2015 sollte es aber zu einer Einigung kommen.

2014 war auch die Evaluierung der Definition für Nanomaterialien geplant, womit das Joint Research Center der Kommission beauftragt war. Der JRC-Report wird aber erst 2015 fertig sein, da bislang kein Konsens über die Sinnhaftigkeit des zusätzlichen Parameters „volumenbezogene spezifische Oberfläche“ (VSSA), über die

Identifizierung von Nanopartikel in Aggregaten sowie die Art des Beweises für Nicht-Nanomaterialien gefunden werden konnte.

So wichtig eine klare Definition auch ist, Sicherheit alleine bringt sie nicht. Dazu bedarf es weiterer Forschung, bei der die Partikelgröße gemeinsam mit dem Chemismus untersucht wird. Erst dann kann sinnvoll reguliert werden.

Transparenz. Im Jahr 2014 fand eine öffentliche Konsultation zu Maßnahmen statt, die die Transparenz bei der Herstellung und Verwendung von Nanomaterialien

„Bei der Risikobeurteilung von Nanomaterialien muss die Partikelgröße in Kombination mit dem Chemismus berücksichtigt werden.“

erhöhen sollen. Der Fachverband befürwortet einen transparenten Umgang mit Informationen zu Nanomaterialien. Der wäre aber durch ein Nano Observatory zielgerichteter umsetzbar als mit einem EU-weiten Nano-Register, das vor allem von Behörden bevorzugt wird. Bei der Umsetzung von Maßnahmen soll der

tatsächliche Nutzen für die menschliche Gesundheit und Umwelt im Vordergrund stehen. Eine zweckentfremdete Datensammlung, welche die bereits sehr hohen administrativen Bürden durch aktuelle rechtliche Anforderungen auf Unternehmen noch weiter verschärft, muss vermieden werden.

Zum Schwerpunktthema Nanotechnologie steht der Fachverband in ständigem Dialog mit Behörden, Universitäten und Stakeholdern, um künftige Regulierungen zielgerichtet und pragmatisch auszugestalten.

Viele unserer Mitgliedsunternehmen sind von der Nano-Thematik betroffen. Daher beteiligt sich der Fachverband an der Ausschreibung eines EU-Projektes zur Förderung innovativer Nanotechnologie-Netzwerke und Forcierung von Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Institutionen.

HORMON- SCHÄDLICHE STOFFE

Endokrine Disruptoren. Das Thema hormonschädliche Stoffe, sogenannte EDC (Endocrine Disrupting Chemicals) hatte auch 2014 anhaltend hohe Priorität auf politischer und wissenschaftlicher Ebene. Auf dem Plan standen einerseits einheitliche Kriterien für Chemikalien, Kosmetika, Pflanzenschutzmittel und Biozide, andererseits Forschung zu Auswirkungen in bestimmten Entwicklungsphasen oder bei kleiner Dosierung.

Die Europäische Kommission arbeitet nach wie vor an einer Definition für EDC und an Kriterien, nach denen Substanzen, die schädliche Wirkungen auf das Hormonsystem besitzen (gemäß der gängigen IPCS-Definition „cause adverse health effects“), eindeutig identifiziert werden können. Sehr viele, auch harmlose (Natur-) Stoffe vermögen das Hormonsystem zu beeinflussen, aber bei EDC muss der Nachweis erbracht werden, dass der Körper einen Schaden erleidet.

Fragwürdige Konsumentennutzen. NGOs wollen mehrere Gefahrenklassen für Endokrine Disruptoren (ED) und hormonaktive Stoffe. Der Fachverband sieht das jedoch sehr kritisch, da dadurch auch unschädliche



Stoffe stigmatisiert werden und die Aufnahme einer Gefahrenklasse „hormonaktive Stoffe“ der IPCS-Definition klar widerspricht. Die Nutzen für Konsumenten wären fragwürdig.

Solange es noch keine gültigen ED-Kriterien gibt, gelten für alle Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln die sogenannten Interim Criteria: als kanzerogen oder reproduktionstoxisch eingestufte Stoffe sind automatisch EDC. Das Fehlen einer einheitlichen Definition für EDC hält auch im Rahmen von REACH nicht von regulatorischen Aktivitäten ab: Es gibt einen Fokus auf Suspected Endocrine Disruptors bei der Evaluierung von Registrierungs dossiers im Rahmen des CoRAP und Stoffe werden wegen des Verdachts hormon-

schädlicher Wirkungen in das Zulassungsregime geschickt.

Relation. Grundsätzlich gilt: Die Gefahr, die von einem Stoff ausgeht, muss in Relation zu der Wahrscheinlichkeit einer Exposition gesetzt werden. Ein Stoff, der zwar gesundheitsschädlich ist, aber nie in Kontakt mit dem Menschen oder der Umwelt kommen kann, oder in so geringen Mengen, dass er keine schädliche Wirkung ausüben kann, muss als sicher angesehen werden. Das gilt beispielsweise für Kunststoffverpackungen, in denen Stoffe in gebundener Form vorliegen. Die Beweglichkeit innerhalb des Polymers ist gering und eine Freisetzung, falls es überhaupt dazu kommt, langsam. Insbesondere hier ist also eine fundierte Risikobewertung nötig.



WASSER

Emissionsregister Oberflächengewässer wird novelliert

Verordnung überarbeitet. 2009 wurde vom BMLFUW die Verordnung über ein elektronisches Register zur Erfassung aller wesentlichen Belastungen von Oberflächenwasserkörpern durch Emissionen von Stoffen aus Punktquellen (EmRegV-DW) erlassen. Sie erfasst alle wesentlichen Belastungen der österreichischen Oberflächengewässer durch Stoffe aus Industrie und kommunalen Kläranlagen. Sie soll nun aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen inhaltlich überarbeitet werden. Der Fachverband unterstützte die Bundessparte Industrie (BSI) bei der Erarbeitung eines Kataloges an Verbesserungsvorschlägen. Die Basis

dafür bilden Rückmeldungen von betroffenen Unternehmen aus den vergangenen Jahren. Die wichtigsten Eckpunkte dabei sind:

- keine Erweiterung der Anzahl der Meldepflichtigen,
- Messungen nur in einem Jahr innerhalb des sechsjährigen Planungszeitraums,
- deutliche Reduktion der messpflichtigen Parameter (prioritäre Stoffe), die branchenspezifisch zu messen sind,
- deutliche Vereinfachung des Verordnungstextes,
- Zusammenlegung der EMREG- und der PRTR-Meldung.

RESPONSIBLE CARE

Rechtliche Anerkennung erlangt

Freiwillige Initiative. Responsible Care ist eine weltweite freiwillige Initiative der chemischen Industrie zur Verbesserung der Gesundheits-, Sicherheits- und

Umweltsituation. Die Anforderungen, die im Rahmen von Responsible Care an die Unternehmen gestellt werden, gehen weit über das gesetzlich vorgeschriebene

Maß hinaus. In den 35 Responsible-Care-Betrieben arbeiten rund ein Drittel der Beschäftigten in der chemischen Industrie. Sie erzeugen mehr als 40 Prozent des Produktionswerts der chemischen Industrie.

Aufgrund seiner hohen Anforderungen hat Responsible Care 2012 erstmals eine rechtliche Anerkennung in Österreich erlangt. Responsible-Care-zertifizierte Unternehmen können die Verwaltungsvereinfachungen gemäß dem Umweltmanagementgesetz in Anspruch nehmen, wenn die im Vergleich zur EMAS-III-Verordnung fehlenden Elemente erbracht werden (die Überprüfung des Umweltberichts durch einen Umweltgutachter, BGBl. Teil II Nr. 152/2012).

Seit 2014 ist Responsible Care auch im Bundes-Energieeffizienzgesetz als einem Energie- oder Umweltmanagementsystem gleichwertiges Managementsystem anerkannt (BGBl. Teil I Nr. 72/2014).



Responsible Care
Verantwortung hat Zukunft

Betriebe mit Responsible Care

In diesen 35 Standorten arbeiten rund ein Drittel der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Sie erzeugen mehr als 40 Prozent des Produktionswerts der chemischen Industrie:

- ADLER-WERK Lackfabrik Johann Berghofer GmbH & Co KG, Schwaz
- AIR LIQUIDE Austria GmbH, Schwechat
- AIR LIQUIDE Austria GmbH, Leoben-Donawitz
- AVENARIUS-AGRO GmbH, Wels
- Axalta Coating Systems Austria GmbH, Guntramsdorf
- BOREALIS Agrolinz Melamine GmbH, Linz
- BOREALIS Polyolefine GmbH, Mannswörth
- BOREALIS Polyolefine GmbH, Linz
- DIC Performance Resins GmbH, Wien
- DONAU CHEMIE AG, Brückl
- DONAU CHEMIE AG, Pischelsdorf
- DONAU CHEMIE AG, Landeck
- DPx Fine Chemicals Austria GmbH & Co KG, Linz
- EVONIK Peroxid GmbH, Weißenstein
- EVONIK Fibres GmbH, Schörfling am Attersee
- EVONIK Para-Chemie GmbH, Gramatneusiedl
- INTERNORM Bauelemente GmbH, Sarleinsbach
- JUNGBUNZLAUER Austria AG, Wulzeshofen
- KREMS Chemie Chemical Services AG, Krems an der Donau
- LENZING AG, Lenzing
- LOBA Feinchemie GmbH, Fischamend
- MESSER Austria GmbH, Gumpoldskirchen
- METADYNEA Austria GmbH, Krems
- ÖGUSSA Österreichische Gold- und Silber-Scheideanstalt Gesellschaft m.b.H., Wien
- PIPELIFE Austria GmbH & Co KG, Wr. Neudorf
- POLOPLAST GmbH & Co KG, Leonding
- REMBRANDTIN Lack GmbH Nfg. KG, Wien
- REMBRANDTIN Oberösterreich GmbH & Co KG, Linz
- SALZER Formtech GmbH, St. Pölten
- SANDOZ GmbH, Kundl
- SANDOZ GmbH, Schaftenau
- SIKA Österreich GmbH, Bludenz-Bings
- SUNPOR Kunststoff GmbH, St. Pölten-Stattersdorf
- SUNPOR Kunststoff GmbH, St. Pölten-Radlberg
- SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg

Stand Mai 2015

GEFAHRGUTTRANSPORT – TUIS

Vorbereitung auf neue gefahrgutrechtliche Bestimmungen

Neue rechtliche Basis. Spätestens Mitte 2015 ist es wieder so weit: Geänderte rechtliche Regeln für den Transport von gefährlichen Gütern auf Straße (ADR), Schiene (RID), Binnenschifffahrt (ADN) und Luftfahrt (ICAO/IATA) treten in Kraft. Mit der Organisation der traditionellen Konferenz „Chemikalien Sicher Transportieren – CST 2014“ unterstützte der Fachverband interessierte Mitglieder bei der Vorbereitung auf die neuen Rahmenbedingungen.

Etwa hundert engagierte Transportexperten aus acht europäischen Staaten nutzten die Konferenz zur Vorbereitung auf die bevorstehenden Änderungen bei den gefahrgutrechtlichen Bestimmungen im Jahr 2015. Chemische Industrie, Transportwirtschaft, Einsatzkräfte und Vertreter der Europäischen Kommission sowie nationaler Behörden erörterten gemeinsam die neuen Regelungen und diskutierten über die Möglichkeiten und Grenzen bei der Verbesserung der Sicherung und Sicherheit von Transporten auf Europas Straßen und Schienen sowie in der Luft. Freiwillige Aktivitäten der chemischen Industrie und Zukunftsperspektiven durch die verstärkte Nutzung von IT-gestützten Systemen bei der Beförderung von Gefahrgütern ergänzten das abwechslungsreiche Konferenzprogramm.

Gemeinsamer Dialog und persönliches Engagement für den sicheren Transport

von Chemikalien sind aber ebenso wichtig und notwendig wie gesetzliche Regelungen und deren Kontrolle. Im Sinn von Responsible Care wird daher seitens der chemischen Industrie versucht alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um Unfälle und Zwischenfälle mit Gefahrgütern zu vermeiden.

TUIS hilft, wenn's doch passiert. Sollte es allen Maßnahmen zum Trotz doch zu Gefahrgutunfällen kommen, unterstützen Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes seit mehr als 25 Jahren die zuständigen Einsatzkräfte, zumeist Feuerwehren, im Rahmen des Transport-Unfall-Informationssystem und Hilfeleistungssystem, kurz TUIS. In enger Zusammenarbeit mit dem deutschen Chemieverband VCI bieten die TUIS-Betriebe Fachwissen und aktive Unterstützung in drei Stufen an. Zusätzlich stehen auch Schulungs- und Übungsangebote für öffentliche Feuerwehren zur Verfügung. Dass TUIS in der Praxis funktioniert, zeigen die zum Glück seltenen TUIS-Einsätze. Voraussetzung für diese Unterstützung der Einsatzkräfte ist eine gute Zusammenarbeit.



Die Möglichkeiten und Grenzen von TUIS werden daher regelmäßig und unabhängig vom Ernstfall mit öffentlichen Feuerwehren sowie anderen Einsatzkräften und Behörden intensiv erörtert. Es gilt auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Im Frühjahr 2014 fand die jährliche TUIS-Konferenz mit etwa 60 Teilnehmern in der Landesfeuerweherschule Burgenland in Kooperation mit dem Landesfeuerwehrverband statt. Die angeregte Diskussion über Zusammenarbeit zwischen Einsatzkräften und chemischer Industrie bei Gefahrstoffeinsätzen wurde mit einer Präsentation von Spezialfahrzeugen und -ausrüstungen abgerundet, die von der chemischen Industrie im Unglücksfall rasch und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden können.



ANLAGENRECHT

BREF-Revisionsprozesse und Leitfaden zum Ausgangszustandsbericht

FCIO in nationalen Arbeitskreisen. Mit der EU-Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IE-RL) wird auch die Anwendung der „besten verfügbaren Technik – BVT“ und die Verbindlichkeit der sogenannten BREFs (Best Available Technique Reference Document) erhöht. Der Fachverband bringt sich aus diesem Grunde in die nationalen Arbeitskreise (NAK) zur Novellierung folgender chemiespezifischer BREFs ein, die gerade überarbeitet werden: Abwasser- und Abluftbehandlung in der chemischen

ABFALLRECHT

Für ein neues, realistisches EU-Abfallwirtschaftspaket

Mehr Recycling – mehr Chancen. Im Sommer 2014 hat die Europäische Kommission das Circular Economy Package veröffentlicht, um sechs Richtlinien zur Abfallgesetzgebung zu ändern. Der FCIO begrüßt die Ziele Ressourceneffizienz und Verbesserung der Kreislaufwirtschaft, die das Abfallwirtschaftspaket verfolgt. Vor allem befürwortet er, dass sämtliche Mitgliedsstaaten der EU auf ein einheitliches Niveau geführt werden sollen, denn die derzeitigen unterschiedlichen Umsetzungsniveaus können zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Allerdings fehlt dem Paket eine fundierte, nachvollziehbare Datenbasis. Auch sind konkrete Zielvorgaben unrealistisch oder widersprüchlich, der vorliegende Entwurf bedarf einer grundlegenden Überarbeitung. Er steht bei der Kommission auf der Liste von Vorschlägen, die zurückgezogen werden sollen, um 2015 einen neuen Rechtsakt vorzuschlagen. Dadurch soll mit besseren Mitteln dasselbe Ziel erreicht werden: mehr Recycling und Kreislaufwirtschaft, mehr wirtschaftliche Chancen.

Sämtliche Unternehmen der chemischen Industrie sind darüber hinaus von Neuerungen im Verpackungsbereich betroffen – sei es als Abfüller, als Verpackungshersteller oder als Empfänger verpackter Waren. Dadurch entstehen ökonomische und administrative Belastungen.

Durch die Marktöffnung für Verpackungslicenzierungen im Haushaltsbereich waren Novellierungen des Abfallwirtschaftsgesetzes sowie der Verpackungsverordnung notwendig. Daher wurden zwei Verordnungen erlassen:

Die Verpackungsabgrenzungsverordnung legt jene Aufteilung für Haushalts- und gewerbliche Verpackungen für 47 Produktgruppen fest, nach denen verpflichtend zu lizenzieren ist. Die Lizenzgebühren steigen dadurch im Schnitt um 20 Prozent. Mit dem BMLFUW konnte vereinbart werden, dass bei groben Ungerechtigkeiten bei der Quote 2015 neu untersucht wird.

Auch konnten die administrativen Belastungen für die Unternehmen minimiert werden. Mit der „AbgeltungsVO Haushaltsverpackungen 2015“ wird die in der Rahmenvereinbarung zwischen WKÖ, Gemeinde- und Städtebund getroffene Abgeltung der Fehlwürfe geregelt. Sie tritt frühestens am 1. Juli 2015 in Kraft.

Am 1. Juni 2014 trat überdies eine Novelle der Deponieverordnung in Kraft. Ab 1. Jänner 2018 ist eine Akkreditierung für Prüf- und Inspektionsstellen für Analysen von Proben und ab 1. Jänner 2020 für die grundlegende Charakterisierung und Übereinstimmungsbeurteilung nötig.



Industrie (CWW) und Large Volume Organic Chemicals (LVOC).

Sobald ein BREF finalisiert und von der Europäischen Kommission veröffentlicht wird, begleitet der Fachverband zuverlässig den nationalen Umsetzungsprozess. Aktuell betrifft dies die Umsetzung des Chlor-Alkali-Elektrolyse-BREF in der entsprechenden Abwasseremissionsverordnung.

Leitfaden durch Teilnahme von Praktikern deutlich verbessert. Im Oktober 2014 wurde nach mehr als einem Jahr Verhandlungen der österreichische Leitfaden des BMLFUW zum Ausgangszustandsbericht (AZB) veröffentlicht. Der Leitfaden hat zum Ziel, die praktische Umsetzung der Anforderungen des Art. 22

der Industrieemissions-Richtlinie für alle Betroffenen (Betriebe, Behörden, Planungsbüros) zu erleichtern. An der inhaltlichen Gestaltung waren das BMLFUW, das BMWFW, Ländersachverständige, das Umweltbundesamt sowie die Bundessparte Industrie/WKÖ mit intensiver Unterstützung des Fachverbandes im Bereich des Chemikalien- und Anlagenrechts beteiligt. Hintergrund des Leitfadens sind die Verpflichtungen für IPPC-Betriebe nach Artikel 22 der Industrieemissions-Richtlinie. Ursprünglich hatte das BMLFUW mit der Wasserrechtsgesetz-Novelle 2013 vorgesehen, eine eigene Verordnung zum Ausgangszustandsbericht zu erlassen – der nunmehrige Leitfaden erscheint aufgrund der sehr individuellen Situation in den Betrieben deutlich

praktikabler: So können örtliche und betriebliche Gegebenheiten durchaus eine Abweichung von den Vorgaben/Empfehlungen des Leitfadens erforderlich machen. An den Gesprächsrunden zwischen Wirtschaft und BMLFUW nahmen auch zahlreiche betroffene Unternehmen teil und sorgten mit ihren Praxiserfahrungen und Bedenken für eine deutliche Verbesserung der inhaltlichen Ausgestaltung des Leitfadens. Vor allem die Praxisnähe und Umsetzbarkeit der Regelungen ist dadurch deutlich gestärkt worden. Zusätzlich wurden im Rahmen von Pilotprojekten mit dem Umweltbundesamt die Ausgangszustandsberichte für zwei österreichische Unternehmen vorbereitet und somit ebenfalls wichtige Erkenntnisse vorab gewonnen.



MARINE LITTER – EIN WELTWEITES PROBLEM

Patentlösung für das Problem fehlt noch

Abfall. Rund 100 bis 150 Mio. Tonnen Abfall (Verpackungen, Abfall aus Fischerei und Schifffahrt etc.) befinden sich in den Weltmeeren. Die Kunststoffteile darunter können von Meerestieren und Vögeln aufgenommen werden und gelangen so in die Nahrungskette. Kunststoffpartikeln wird auch vorgeworfen, dass sich toxische Stoffe an ihrer Oberfläche anlagern können.

Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre sind Kunststoffe das volumsmäßig wichtigste Material, noch vor den Metallen. Ihre Vorteile liegen vor allem im geringen Gewicht und der leichten Formbarkeit, aber auch in ihrer Ressourceneffizienz.

Treibhausgase eingespart. So sparen zum Beispiel Dämmstoffe in ihrem Produktlebenszyklus das 233-fache an Emissionen ein, als ihre Produktion verursacht. Kunststoffverpackungen haben gegenüber alternativen Verpackungsmaterialien einen 2- bis 8-fachen Gewichtsvorteil. Das führt zu einer Nettoeinsparung von 220 Mio. Tonnen Treibhausgasen.

„Wichtig wird es sein, dass die Staaten der Welt ihre Abfallentsorgungssysteme in Ordnung bringen.“

Je leichter zum Beispiel ein Auto ist, desto weniger Treibstoff verbraucht es. Diese technologischen Vorteile sowie Umwelt- und Gesundheitsgründe haben dazu geführt, dass Kunststoffe in vielen Anwendungsbereichen das Material der Wahl sind.

288 Mio. Tonnen Kunststoffe wurden 2012 weltweit produziert. Davon gehen in Europa ca. 39,4 Prozent in den Verpackungssektor, 20,3 Prozent in den Baubereich, 8,2 Prozent in Automotiv-Produkte, 5,5 Prozent in die Elektronik und 4,2 Prozent in die Landwirtschaft. Der Rest geht in sonstige Sektoren wie Haushaltsartikel, Möbel, Sport, Gesundheit und Sicherheit. Ein Ersatz von Kunststoffen in all diesen Anwendungen hätte, neben anderen Umwelt- und Gesundheitsnachteilen, zur Folge, dass sich andere Materialien in den Weltmeeren wiederfinden. Und auch diese haben manchmal eine sehr lange Abbau-dauer (Glas: unbestimmt, Getränkedose: 200 Jahre).

Keine Patentlösung. Eine Patentlösung gegen Marine Littering wurde noch nicht gefunden. Wir befinden uns derzeit in der Anfangsphase der Diskussion, in der es wichtig ist Fakten zu sammeln, Lösungen anzudenken und auch auszuprobieren. Der Fachverband kooperiert eng mit den deutschen und

Schweizer Kunststoffverbänden und hat gemeinsam mit diesen schon 2012 eine Studie über Land-sourced Litter in der Nord- und Ostsee sowie im Mittelmeer in Auftrag gegeben. Darauf folgten Workshops mit allen Stakeholdern (Industrie, Ministerien,

NGOs, Forschungsinstituten etc.) in denen Lösungsansätze diskutiert wurden. Aktuell läuft eine Studie über die Eintragswege von Kunststoffabfällen in die Nordsee.

Wichtig wird es sein, dass die Staaten der Welt ihre Abfallentsorgungssysteme in Ordnung bringen. Österreich hat ein sehr gutes Abfallverwertungs- und -entsorgungssystem, aber in vielen Staaten gibt es hier große Defizite.

Eine Initiative, um Verluste von Kunststoffgranulat aus Industriebetrieben zu vermeiden ist das Zero-Pellet-Loss-Programm der europäischen Industrie. Der Fachverband setzt dieses in Österreich um. Im Zero-Pellet-Loss-Pakt mit dem Umweltministerium verpflichten sich die teilnehmenden Unternehmen zur Einhaltung eines entsprechenden 10-Punkte-Maßnahmenkatalogs, mit dem der Eintrag von Kunststoffrohstoff aus Betrieben in Gewässern vermieden werden soll.

Neben Vorsorgemaßnahmen wird es aber auch einer Nachsorge bedürfen, um die Abfälle wieder möglichst aus dem Meer herauszubekommen. Dazu gibt es auch schon Ansätze, die sich aber erst in der Praxis bewähren müssen.

Der Beitrag Österreichs zu Marine Littering mit seinem gut ausgebauten Abfallverwertungssystem ist marginal. Die großen Verursacher finden sich in Fernost (China, Indonesien, Philippinen, Vietnam etc.). Österreich kann und wird seinen Beitrag leisten, entscheidend für einen Erfolg sind aber Verbesserungen der Umweltsituation in diesen Ländern.

ENERGIE, KLIMA UND LUFT

EU-Klima- und Energiepaket 2030

Energie- und Klimapakett. Am 23. Oktober 2014 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten die Zielsetzungen des Klima- und Energiepolitischen Rahmens für 2030. Dieses EU-Klima- und Energiepaket 2030 beinhaltet drei wesentliche Ziele:

Erstens wurde festgelegt, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 reduziert werden. Aber die Carbon-Leakage-Regelung zur Minderung der Gefahr einer Abwanderung von Betrieben wegen der hohen CO₂-Kostenbelastung soll auch nach 2020 weitergeführt werden. Es ist auch weiterhin eine kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten an die effizientesten Anlagen vorgesehen. Wie die Regelung konkret aussehen wird, ist derzeit jedoch noch nicht ganz klar. Der Fachverband spricht sich in diesem Zusammenhang vehement gegen weitere klimapolitische Alleingänge der EU aus, die die europäische Wirtschaft einseitig mit Kosten belasten und eine Abwanderung CO₂-intensiver Produktion aus Europa forcieren. Solange es kein internationales Klimaschutzabkommen gibt und eine internationale CO₂-Kostenschieflage besteht, braucht es zur Standortsicherung eine garantierte Zuteilung von 100 Prozent Gratiszertifikaten an effizient produzierende energieintensive Betriebe (Schutz vor Carbon Leakage).

„Die Carbon-Leakage-Regelung zur Minderung der Gefahr einer Abwanderung von Betrieben wegen der hohen CO₂-Kostenbelastung soll auch nach 2020 weitergeführt werden.“

Zweitens soll bis 2030 der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der Europäischen Union 27 Prozent betragen. Nach Meinung des Fachverbandes muss beim Ausbau der erneuerbaren Energien aber auf eine sinnvolle und kosteneffiziente Einbettung in das Gesamtsystem geachtet werden. Die Förderregime sind zu harmonisieren (z. B. EU-weit einheitliche Investitionsförderungen).

Drittens einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf ein EU-weites Ziel



von 27 Prozent bis 2030 – samt Anpassungsoption im Jahr 2020 auf 30 Prozent. Aus Sicht des Fachverbandes kam die Zielsetzung im Bereich der Energieeffizienz viel zu voreilig, da gerade erst die Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie durch die Mitgliedstaaten im Gange ist.

Verhandlungserfolge beim Energieeffizienzgesetz. Die im August 2014 im Bundesgesetzblatt veröffentlichte finale Fassung des Gesetzes enthält durchaus fordernde Verpflichtungen, aber im Vergleich zu den Entwürfen der Jahre 2012 und 2013 hat sich das Gesetz doch massiv geändert. Von den erreichten Verhandlungserfolgen sind beispielsweise folgende Punkte zu erwähnen:

□ Die Unternehmensverpflichtungen, die auf das Einrichten eines Energiemanagements bzw. auf die regelmäßige Durchführung von Energieaudits bei

großen Unternehmen abzielen, sind nunmehr den EU-Vorgaben nachgebildet. Golden Plating wurde weitgehend vermieden.

□ Zum nationalen Einsparvolumen muss die Wirtschaft über Verpflichtungen für Energielieferanten nur etwa die Hälfte beitragen. Die andere Hälfte kommt aus schon bestehenden Programmen.

□ Eingearbeitet werden konnten viele sinnvolle Erleichterungen, wie z. B. eine Befreiung von Betrieben, die

Überschussenergie bzw. Abwärme an andere Betriebe liefern.

□ Für Energielieferanten auch innerhalb der chemischen Industrie wichtig: Die Möglichkeit einer „schuldbefreienden Ausgleichszahlung“ wurde wieder im Gesetz verankert.

Keine Doppelregelungen bei Feuerungsanlagen. Anfang 2014 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Richtlinienentwurf für mittelgroße Feuerungsanlagen. Er enthält für Feuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 bis 50 MW unter anderem Grenzwerte für die Luftemissionen von Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxiden (NO_x) und Staub. Damit soll das von solchen Emissionen potenziell ausgehende Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt minimiert werden.

Die wichtigsten Forderungen des Fachverbandes zur Umsetzung der Richtlinie:

□ Der Geltungsbereich soll so festgelegt werden, dass es zu keinen Doppelregelungen kommt. Insbesondere Anlagen, die in den Regelungsbereich der Industrieemissions-Richtlinie bzw. von BAT-Schlussfolgerungen fallen, sollen ausgenommen werden.

□ Kategorisierung der Emissionen anhand der Anlagengrößen für mittlere Feuerungsanlagen, da Anlagen zwischen 1 MW und 50 MW sehr unterschiedlich sind.

□ Keine Vermischung von Immissionsrecht und Emissionsrecht; Anhang III (strengere Grenzwerte für Anlagen in Sanierungsgebieten Luft) soll gestrichen werden.

□ Ausreichende Übergangsfristen für bestehende Anlagen.



BILDUNG UND KOMMUNIKATION

Junge Forscher – Chemie als Faszination erkennen

Experimentieren. 2014 unterstützte der Fachverband zahlreiche Bildungsprojekte, wobei besonders die Förderung des experimentellen Chemieunterrichts im Mittelpunkt stand. Der FCIO hat zwei Bildungsworkshops mit Best Practices für Chemielehrer gemeinsam mit dem Verband der Chemielehrer Österreichs (VCÖ) organisiert. Im Frühjahr 2014 (Klagenfurt) und im Herbst 2014 (Graz) führten zahlreiche Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 19 Jahren – unterstützt von ihren Lehrern – spannende Experimente aus dem Bereich der Chemie vor.

Darüber hinaus veranstaltete der Fachverband 2014 gemeinsam mit dem VCÖ in Wien die Fortbildungsreihe „Experimentieren – aber sicher“ zur Unterstützung von ungeprüften Chemielehrern in der Sekundarstufe 1. Im Mittelpunkt stand hier die

der größte schülerzentrierte Wettbewerb in der österreichischen Schullandschaft, mit dem Thema „Chemie für die Zukunft – nachhaltig und ressourcenschonend“ stattfinden. Das Projektthema bietet die Möglichkeit, sich intensiv und fächerübergreifend mit den großen Zukunftsfragen der Menschheit auseinanderzusetzen, damit Schüler und Lehrer erkennen, welche Beiträge gerade von der Chemie zur Lösung dieser Zukunftsfragen geleistet werden können. 208 Schulen werden an diesem Wettbewerb teilnehmen.

Der FCIO versucht durch bildungspolitische Maßnahmen dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Da besonders Volksschulkinder die Naturwissenschaften mit großer Neugierde verfolgen, hat der FCIO gemeinsam mit dem VCÖ ein Fachdidaktikseminar für Sachkundelehrer

sehr hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund zusätzlich 10 Chemiesets, wobei muttersprachliche Lehrer eine eigene Schulung zur Verwendung dieser Sets erhielten.

Zudem wurde in Zusammenarbeit mit dem VCÖ eine Sondernummer der bisherigen Hefte des „Molecool-Lino“ für Volksschulen erstellt und versendet. Darüber hinaus wurden zusätzliche Exemplare für Sachkundelehrer aller 14 pädagogischen Hochschulen verteilt.

Jugend im Mittelpunkt. Seit 10 Jahren steht die Jugend im Mittelpunkt der Imagekampagne des Fachverbandes. Die Zielsetzung ist die Chemie als innovative und zukunftsorientierte Branche hervorzuheben und die Jugendlichen für einen Job in der chemischen Industrie zu interessieren.

Schwerpunktmäßig wurde bei der Jugendkampagne des Fachverbandes auch 2014 wieder mit den Elementen des Periodensystems gearbeitet. Sprüche aus diesen Elementen wurden über Citylights, Infoscreeens und ein Musikvideo im Kino propagiert. Auf der Website chemie-ist-in.at wurden Informationen über Chemieberufe und sonstige Ausbildungsfragen zur Verfügung gestellt. Die Facebook-Seite www.facebook.com/chemie.ist.in animiert zu einem Besuch dieser Website. Auf Facebook wurden auch Gewinnspiele für Schüler abgewickelt. Die Facebook-Seite hat mittlerweile 12.000 Fans.

„Die Facebook-Seite Chemie hat schon 12.000 Fans.“

praktische Organisation und Durchführung von Experimenten im Unterricht mit Vermittlung von Wissen und Gewinnung von Kompetenzen durch Experimente und die inhaltliche Begleitung durch den Lehrstoff für Chemie der 8. Schulstufe. Vier weitere Termine werden 2015 in Graz folgen.

Chemie für die Zukunft. Mithilfe der finanziellen Unterstützung des FCIO wird 2014/2015 der 13. Projektwettbewerb,

an pädagogischen Hochschulen finanziell unterstützt. Ziel des Fachdidaktikseminars ist es, die Einführung eines naturwissenschaftlichen Moduls in die Ausbildung von Volksschullehrern zu initiieren.

Außerdem stellte der Fachverband das vom VCÖ mit Unterstützung des Fachverbandes entwickelte Chemikalienset (Chemiekoffer) wieder 100 Volksschulen zur Verfügung. Darüber hinaus erhielten in Oberösterreich zehn Schulen mit einem

ARBEITSWELT

Mehr Sicherheit, höhere Gehälter

Erfahrungsaustausch. Der vom Fachverband organisierte Erfahrungsaustausch „ArbeitnehmerInnenschutz in der chemischen Industrie“ ist zu einer gut besuchten Einrichtung geworden. Er wird zunehmend auch als Gremium zur Erarbeitung von Stellungnahmen beim technischen Arbeitnehmerschutz genutzt.

Weiters konnte die erste Anpassung an die neuen Regelungen bei Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von chemischen Stoffen (CLP-Verordnung) abgeschlossen werden. Zudem wurden die Novellen zur Verordnung Gesundheitsüberwachung und die viel kritisierte Verordnung über persönliche Schutzausrüstungen veröffentlicht. Sie bringt durchaus auch Erleichterungen durch Untersuchungsintervalle, die an tatsächliche Risiken

angepasst werden und so zu geringeren Kosten führen sollten.

Bei der Verordnung „Persönliche Schutzausrüstung“ kam es durch Anpassung an technische Fortschritte zu Verschärfungen. Der Fachverband hat sich gegen die Ausweitung der Überprüfungspflicht ausgesprochen. Sie würde keinen Sicherheitsgewinn für die Arbeitnehmer ergeben, jedoch einen deutlich größeren Aufwand mit sich bringen.

Kollektivvertrag. Das Ergebnis der Kollektivvertrags-Verhandlungen: Mit 1. Mai 2014 wurden die Mindest- und Ist-Löhne/Gehälter um 2,5 Prozent angehoben, mindestens aber um 53 Euro.

Lehrlingsentschädigung. Die Lehrlingsentschädigung für kaufmännische Lehrlinge



sowie die Schicht- und Nachtarbeitszulagen wurden um 2,5 Prozent erhöht, der niedrigste Satz der Aufwandsentschädigungen und das Messgeld wurden um 1,78 Prozent angehoben.

FORSCHUNG

Wettbewerbsfähigkeit stärken, Erfolgsquoten steigern

Horizont 2020. 2014 war bei den Forschungsförderungsaktivitäten geprägt durch die Operationalisierung des Rahmenprogrammes für Forschung und Entwicklung der EU, das unter dem Namen „Horizont 2020“ bekannt ist.

Im Programm „Horizont 2020“ wurden von der Europäischen Kommission die Technologien Nanotechnologie, Hochleistungswerkstoffe, Biotechnologie sowie Produktions- und Prozesstechnologien als Schlüsseltechnologien identifiziert. Sie werden auch als Querschnitts-Technologien bezeichnet, weil sie für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie von besonderer Bedeutung sind. Auf diesem Gebiet will die Europäische Kommission besondere Akzente setzen.

Deutliche Impulse. Neben der erfolgreichen Fortführung der Förderung von Grundlagenforschung sind auf EU-Ebene die sogenannten Joint Technology Initiatives, die vor allem vorwettbewerbliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit finanzieren sollen, sehr erfolgreich. Sie werden



daher ausgebaut. Die Themenfelder werden weitgehend durch die Anforderungen aus der beteiligten Industrie bestimmt. Die zweite Ausgabe der JTI Innovative Medicines Initiative (IMI 2) entwickelt sich zum Wettbewerbsvorteil auch für die in Österreich forschende Pharmaindustrie. So ist auch zu erwarten, dass der in Österreich vergleichsweise starke Biotechnologiesektor auch von der JTI Biobased Industry deutliche Impulse erhalten wird.

Auch auf österreichischer Ebene wurden die nationalen Aktivitäten zum Thema Biobased Industry fortgeführt. Im Auftrag des BMVIT wurde die Arbeit an einer nationalen FTI-Strategie zum Thema Biobased Industry begonnen. Diese Aktivitäten wurden

auch heuer wieder durch einen Workshop begleitet, bei dem aktuelle Projekte und Projektvorhaben vorgestellt wurden.

Förderzuschlag. Die neuen „Knowledge and Information Center“ sind derzeit im Aufbau. Ende 2014 wurde das KIC „RAW MatTERS“ installiert, es hat bereits einen Förderzuschlag erhalten. Die KIC sollen unter anderem die Erfolgsquote bei Einreichungen größerer Projekte steigern. Mit der österreichischen Beteiligung, die von der Montanuniversität Leoben koordiniert wird, werden auch die Interessen heimischer Industriebetriebe besonders berücksichtigt und deren Wettbewerbsfähigkeit am globalen Markt gestärkt.



SCHWERPUNKT RISIKOKOMMUNIKATION

Wer nichts weiß, muss alles glauben	17
Risikokommunikation: Gefahr, Risiko und Exposition	18
Chemie – zwischen Chance und Risiko	19
Die Stimme der Vernunft ist leise	20

WER NICHTS WEISS, MUSS ALLES GLAUBEN

Wie vermittelt man am besten Chancen und Risiken?

Wie ermittelt man Grenzwerte und wie kommuniziert man das am besten?

Unterschätztes und überschätztes Risiko.

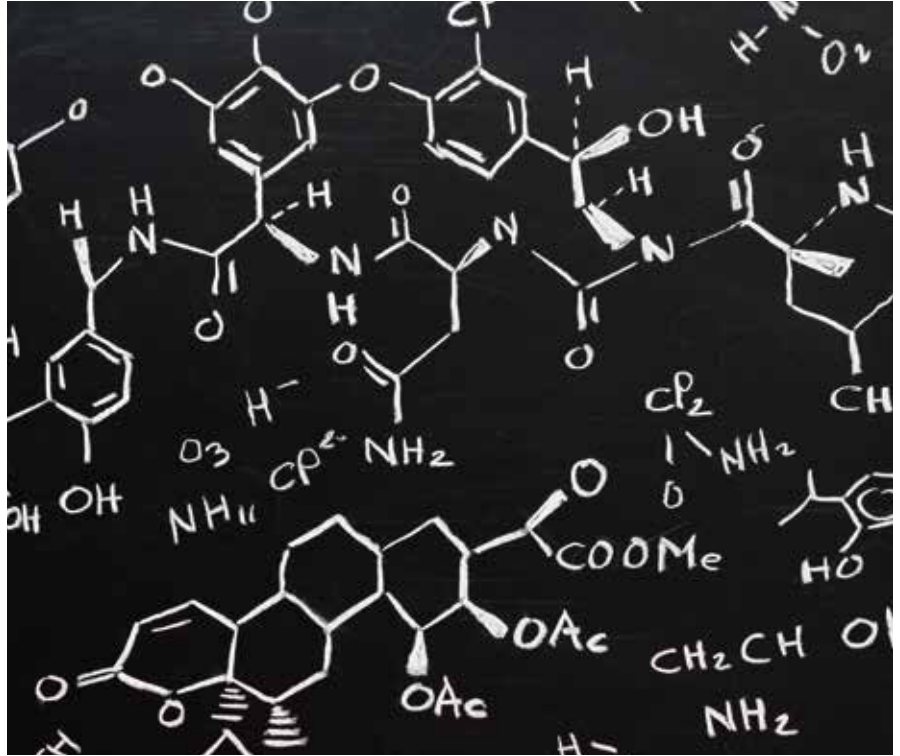
Die Menschen unterschätzen gerne Risiken – herunterfallende Kokosnüsse zum Beispiel töten durchschnittlich 150 Menschen im Jahr, aber kaum jemand schützt sich im Traumurlaub vor Kokosnüssen, weil sie ihm auf den Kopf fallen könnten. Oft aber überschätzen Menschen Risiken. Wölfe zum Beispiel flößen vielen Menschen Angst ein. Dabei jagen die scheuen Tiere gar keine Menschen – auch keine Kinder. Elefanten hingegen zertrampeln jährlich etwa 500 Menschen, Flusspferde kennen auch keinen Spaß. Sie bringen jedes Jahr etwa 100 Menschen um, die sich ihnen in den Weg stellen. Wir erkennen: Angst hat mit tatsächlichem Risiko oft nichts zu tun. Das kann man für ungerecht halten: Es ist einfach so. Der Mensch ist ein hochbegabtes Wesen mit ausgeprägtem Gefühlspektrum.

In der Kommunikation gilt der klassische Spruch: Man muss die Menschen dort abholen, wo sie stehen. Das heißt: Man muss die Menschen mit Themen, die sie interessieren und in einer Sprache, die sie verstehen, ansprechen. Sonst geht der Kommunikationsversuch ins Leere.

Schlechter Ratgeber. Aber: Wie kann man das Verständnis für die chemische Industrie fördern? Wie kann man den Blick der Menschen weg von angeblichen Gefahren und Risiken der Branche lenken und für die Chancen und auf die Lösungskapazität dieser heimischen Wirtschaftsbranche schärfen? Damit hat sich der Fachverband in den letzten Jahren ausführlich und intensiv beschäftigt. Denn der Volksmund sagt: Angst ist ein schlechter Ratgeber.

„Risiko wird unterschätzt und überschätzt. Umso wichtiger ist das Verstehen von Risikokommunikation.“

Um dem entgegenzuwirken, müssen wir uns mit folgenden Fragen auseinandersetzen: Was ist Risiko und was ist Gefahr – und warum werden diese beiden Begriffe so gerne verwechselt? Wie werden Grenzwerte festgelegt und Wirkungsschwellen ermittelt? Und was ist der Unterschied zwischen einem Grenzwert



(gesetzlich vorgeschrieben) und einem Richtwert (Empfehlung)? Oft herrscht ja diesbezüglich ein heilloses Begriffschaos. Auf Seite 18 werden diese und weitere relevante Fragen beantwortet.

Chance und Risiko. Auf Seite 19 geht es um die Frage, ob Chemie mehr als Chance oder als Risiko gesehen wird. Wie kann man Gefahren besser verstehen und so damit besser umgehen? Verstehen ist die Grundvoraussetzung für ein kluges und verantwortungsvolles Handeln. Neue Befunde und neue Stoffe fordern Antworten. Neue Erkenntnisse fordern einen passenden Umgang damit.

Denn „wer nichts weiß, muss alles glauben“, so der Spruch des Physikers und „Science Busters“ Werner Gruber.

Der falsche Schuldige. Die chemische Industrie erzeugt Produkte, die absolut notwendig sind, damit zum Beispiel die Landwirtschaft genug Nahrung für die

Bevölkerung bereitstellen kann. Schädlinge waren in früheren Zeiten eine Plage. Sie haben zu Hungersnöten und Krankheits-Epidemien geführt. Mit rein biologischen Methoden wird es die Landwirtschaft nicht schaffen, die Menschheit ernähren zu können. Umso mehr, als die Anzahl der Erdenbewohner immer mehr steigt. Dennoch kann ein einzelnes Ereignis diesen positiven Output der chemischen Produktion in der öffentlichen Meinung überdecken. Am Beispiel der Neonicotinoide wurde das sehr deutlich. Dieses Insektizid wurde breitenwirksam und eindeutig als Ursache des Bienensterbens ausgemacht und verurteilt. Dabei gibt es keine belastbaren Belege dafür. Auf Seite 20 wird diesem Phänomen nachgegangen. Wie kann es dazu kommen, dass ein bewährtes Produkt ohne eindeutig belastbare Studien verteufelt wird? Noch dazu, wo die Konsequenzen dieses Urteils durchwegs nachteilig sind. Es müssen alternative Chemikalien gegen Erdflöhe, Drahtwürmer & Co. eingesetzt werden. Und es muss öfter gespritzt werden. Den Bienen wird es dadurch nicht besser gehen, denn Auslöser des Bienensterbens ist die Varroamilbe, nicht der Einsatz von Neonicotinoiden.

RISIKOKOMMUNIKATION: GEFAHR, RISIKO UND EXPOSITION

Ao.Univ.-Prof. Mag. Dr. Rosa Lemmens-Gruber
Department für Pharmakologie und Toxikologie der
Universität Wien

Missverständnisse. In der Risikokommunikation entstehen immer wieder Missverständnisse. Zum Teil weil die zwei wichtigsten damit verbundenen Begriffe verwechselt oder falsch interpretiert werden:

Die Gefahr: mögliche unerwünschte Wirkung.

Das Risiko: Gefahr multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit der Exposition.

Anschaulich kann man den Unterschied so darstellen: Der Löwe im Gehege ist zwar gefährlich, aber er stellt für den Zoobesucher ein kleines Risiko dar. Da er hinter Gittern ist, findet keine Exposition statt. In Afrikas Savanne bedeutet der Löwe ein großes Risiko, weil er ungehindert angreifen kann. Gefahr und Exposition treffen in diesem Fall zusammen. Bei einer Katze hingegen ist die Gefahr klein, aber die Exposition groß. Somit ist das Risiko kleiner, aber trotzdem gegeben (Allergie). Ein Nullrisiko, also absolute Sicherheit, gibt es nicht.

Exposition. Zur Ermittlung eines Risikos gehört einerseits die Ermittlung des Gefährdungspotenzials, andererseits die Ermittlung der Exposition. Bei der Ermittlung des Gefährdungspotenzials von Stoffen wird in verschiedenen Studien festgestellt, ob ein Stoff toxisch ist oder nicht. Ist er toxisch, dann ist relevant, ab welcher Konzentration (z. B. in Trinkwasser) oder in welchen Aufnahmemengen (z. B. bei Hautkontakt). Auch ist wichtig zu erfahren, ob der Stoff bei einmaligem, akutem oder wiederholtem, chronischem Kontakt gesundheitsschädlich ist. Beim Studiendesign wird darauf geachtet, über welchen Aufnahmeweg der zu testende Stoff in den menschlichen oder tierischen Körper gelangt (z. B. über den Mund – oral; über den Atemtrakt – inhalativ).

Um das Risiko einzuschätzen, muss neben der Gefahr, die von einem Stoff ausgeht, die Exposition bekannt sein. Eine Sonnencreme verwendet man sporadisch, bestimmte Medikamente oder Körperpflegete

hingegen täglich. Am Arbeitsplatz ist man Stoffen nur in bestimmten Zeitspannen ausgesetzt, im Gegensatz zu Umweltkontaminanten, gegenüber denen man lebenslang exponiert sein kann.

Grenzwerte. Damit Menschen oder die Umwelt bei einer Exposition gegenüber gefährlichen Stoffen keinen Schaden erleiden, werden Grenzwerte (gesetzlich vorgeschrieben) oder Richtwerte (Empfehlungen) festgelegt. Diese werden aus den Wirkschwellen, die in den Studien ermittelt wurden, abgeleitet und mit verschiedenen Sicherheitsfaktoren versehen:

„Bei der Risikokommunikation werden oft zwei Begriffe miteinander verwechselt: Gefahr und Risiko.“

- Faktor 10 für Speziesunterschiede zwischen Versuchstier und Mensch.
- Faktor 10 aufgrund individueller Variation von Personen, die empfindlicher reagieren – Alte, Kinder, chronisch Kranke, enzymatische Polymorphismen.
- Faktor 10 wegen kurzer Versuchsdauer auf eine lebenslange Exposition, unzureichende Daten.

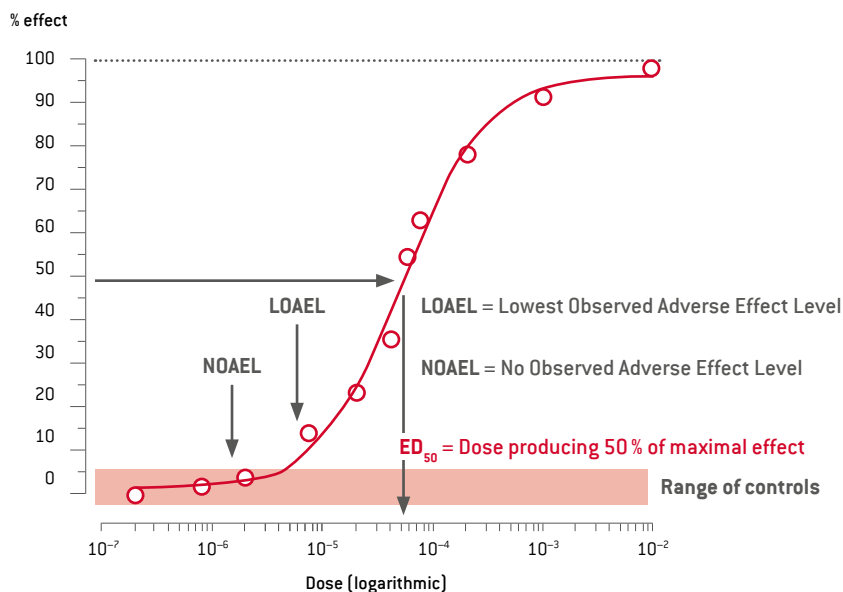
Voraussetzung für die Ermittlung sicherer Konzentrationen oder Aufnahmemengen ist die Kenntnis der Wirkschwelle. Dazu werden Dosis-Wirkungskurven erstellt.



Gesundheitliche Folgen. Grenzwertüberschreitungen können gesundheitliche Folgen in Bereichen haben, bei denen der Sicherheitsfaktor gering oder nicht vorhanden ist. Zum Beispiel bei Arbeitsplatzgrenzwerten. Im Umweltbereich oder bei der

Allgemeinbevölkerung sind die Sicherheitsfaktoren wesentlich größer, sodass im Allgemeinen kurzfristige Überschreitungen dieser Standards (z. B. ADI – acceptable daily intake) ohne negative Folgen bleiben.

Bei bestimmten Gefahren ist eine Wirkschwelle schwer oder gar nicht ermittelbar z. B. genotoxische Substanzen oder Allergene. Bei der Risikobewertung solcher Stoffe behilft man sich mit Extrapolieren der Dosis-Wirkungskurve und mathematischen Modellen. Dabei wird ein zusätzliches Erkrankungsrisiko in einer bestimmten Höhe in Kauf genommen.



CHEMIE – ZWISCHEN CHANCE UND RISIKO

Wenn wir Gefahren besser verstehen, wird die Lage deswegen nicht gefährlicher



MR Mag.
Dr. Thomas Jakl

Abteilungsleiter der Abteilung V/5 – „Chemiepolitik und Biozide“ im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Evidenz schafft Erkenntnis. Wir verfeinern unsere Beobachtungsmethoden stetig – immer früher erkennen wir Effekte. In der Bekämpfung von Krebs etwa ein ganz entscheidender Vorteil: Je früher die Krankheit erkannt wird, desto größer die Chance auf Heilung. Verfeinerte Diagnosemethoden und das Erkennen neuer Phänomene führen aber etwa in der Medizin auch zum Disease Mongering – zum kreativen Schaffen von Krankheitsbildern. Wir werden jedenfalls nicht dadurch kränker, dass ein Arzt ein neues Syndrom beschreibt und unsere Umwelt wird nicht giftiger, wenn wir neue Effekte erkennen und benennen. Das Entstehen von Evidenz zu einem Problem schafft Erkenntnis und schafft nicht das Problem selbst. Wenn wir heute durch ausgefeilte, hochentwickelte Analysemethoden im Stande sind, dutzende Chemikalien in Lebensmitteln, Umweltmedien, ja selbst im Nabelschnurblut nachzuweisen, sind diese Stoffe ja nicht erst jetzt da – wir können ihr Vorkommen eben jetzt belegen. Ständig erheben wir neue Befunde zu Substanzen, ihrem Vorkommen und ihren Effekten. Über hormonelle Wirkungen von einzelnen Stoffen wusste man bis zu den frühen 90er Jahren so gut wie nichts. Zur Auswirkung von Umweltfaktoren auf die Aktivierungsmuster des Erbmaterials (Epigenetik) beginnen wir erst schrittweise ein Bild zu gewinnen. In den Zellen, Organen und Ökosystemen schlummern zudem noch zahllose Vorgänge, in den Chemikalien noch zahllose Eigenschaften, die ihrer Entdeckung harren. Ständig erkennen wir neu – doch wir erkennen vielfach nichts Neues. Neue Befunde, neue Erkenntnisse lösen natürlich im Moment ihres Zutagetretens die Notwendigkeit einer Bewertung aus. Wie ist ein neuer Effekt einzuordnen? Was richten diese vielen Stoffe in unserem Körper an? Ist nicht ihr bloßes Vorhandensein



schon ein Schaden an sich? Und warum werden wir trotz aller neuen bedrohlichen Effekte unterm Strich doch immer älter? Mit Fremdstoffen umzugehen gehört zum Kerngeschäft von Lebewesen – das bedingt allein schon der Vorgang der Ernährung. Um Stoffe abzubauen, umzubauen und unschädlich zu machen oder ihre Effekte zu kompensieren, existiert eine Vielzahl von Mechanismen in Pflanzen, Tieren und Menschen. Natürlich können diese Systeme je nach ihrer Sensibilität

vermeintlich vorteilhafte Alternative hat nämlich einen kaum kompensierbaren Startnachteil: Zu vielen ihrer Eigenschaften und – vor allem – zu ihrem langfristigen Umweltverhalten gibt es selten vergleichsweise belastbare Befunde. Das liegt in der Natur der Sache bei etwas Neuem. Zwischen den beiden Polen „Das Bessere ist der Feind des Guten!“ und andererseits „Bloß nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben!“ bewegt sich Substitution und damit auch Innovation.

„Neues hat viel Potenzial – in allen Richtungen.“

durch Aggressivität und Menge der Substanzen überfordert werden – Schaden entsteht. Und um diesen Bewertungsschritt, um diese Erkenntnis geht es letztendlich, wenn ein neues Phänomen erkannt wird.

Risiko vs. Fortschritt. Auch die Frage: „Welche der gefundenen Stoffe sind denn tatsächlich wirklich neu – im Sinne von neu entwickelt und daher neu aufgetreten?“ gilt es laufend zu beantworten. Sie führt aber auch zu einem der gängigsten „Totschlagargumente“ in der Debatte um die Substitution bedenklicher Substanzen. Die

Eigenschaften zu belegen, Risiken abzuschätzen, zu bewerten und darauf aufbauend (wenn geboten) risikoreduzierende Maßnahmen zu setzen: Das sind die Kernelemente der Gesundheits- und Umweltpolitik. Risiko – das ist aber auch (wenn man an die Einführung neuer Produkte und Technologien denkt) die „Bugwelle des Erfolgs“ (@ Carl Amery), sozusagen die Kehrseite der Fortschrittsmedaille. Es ist die gemeinsame Verantwortung von Wirtschaft und Politik dafür zu sorgen, dass diese Bug- auch einer Erfolgswelle und eben kein Tsunami wird.

DIE STIMME DER VERNUNFT IST LEISE

In der Debatte um Pflanzenschutz agieren Umweltorganisationen als Propheten des Weltunterganges und die Politik hüpfert populistisch hinterher



Daniel Kapp

Strategic Consulting
& Responsible
Communication GmbH

Bienen sterben – und wer ist schuld daran?

Neonicotinoide wurden dafür verantwortlich gemacht und es war völlig aussichtslos, Vernunft in die Debatte zu bringen. Denn wer will schon Chemie in seinem Essen? Wer kann denn tatenlos dabei zusehen, dass die Bienen sterben? Wer will denn nicht die heile Welt?

Die Varroamilbe ist der wahre Feind der Bienen, an die 100.000 Bienenstöcke fielen ihr im letzten Winter zum Opfer. Jedoch wurden nun Neonicotinoide für einige Anwendungen verboten. Diese Stoffklasse wirkt schon in kleinen Mengen sehr gut gegen

Schädlinge, noch nach jahrelangem Einsatz zeigt sie kaum Resistenzen und sie ist für Menschen und andere Säugetiere eher harmlos. Der Wirkstoff wird direkt auf das Saatkorn aufgebracht, damit ist höchste Effizienz bei geringsten Mengen möglich. Die deutliche Verbesserung der Anwendungsvorgänge in den letzten Jahren hat zu einem mittlerweile sehr guten Bienenschutz geführt, Bienenschäden können nur mehr sehr vereinzelt beobachtet werden.

Das jetzt von der EU beschlossene zweijährige Anwendungsverbot von Neonicotinoiden in Sonnenblume, Baumwolle, Mais und Raps ist eine politische Entscheidung. Die Konsequenz bei der Maiskultur ist allein für die Steiermark: An die eintausend Landwirte werden ihren Betrieb aufgeben müssen. Und die in den letzten Jahren in Österreich erfolgreich aufgebaute Maissaatgutproduktion mit großer Exportquote ist gefährdet. Es ist davon auszugehen, dass Personal abgebaut und Standorte geschlossen werden.

Weitere Konsequenzen. Im Raps wurde durch den Wegfall der Behandlung mit Neonicotinoiden das mehrfache Spritzen mit Pyrethroiden gegen den Erdfloh notwendig, da ansonsten der Rapsanbau so gut wie unmöglich ist.

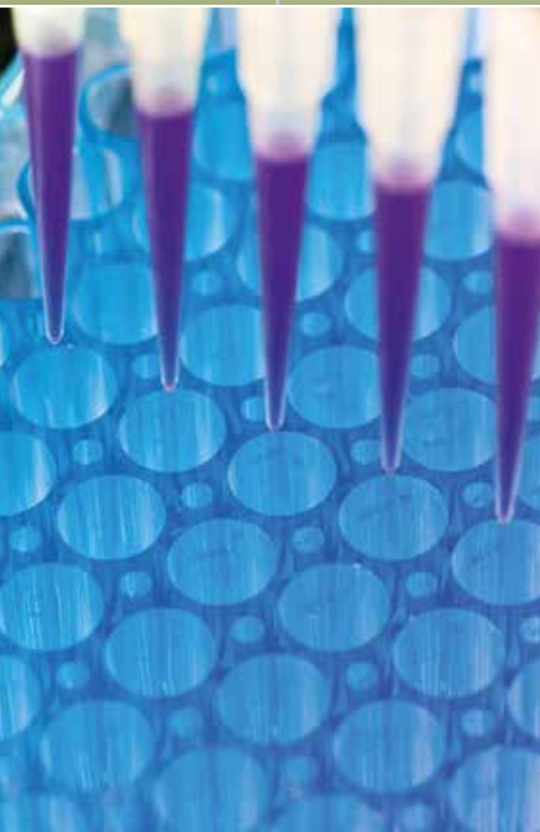
In der Rübe ist der Einsatz weiterhin erlaubt. Ein Verbot hieße: Drahtwurm, Rüsselkäfer und Blattläuse als Virusüberträger wären praktisch nicht mehr bekämpfbar. Im besten Fall würde die Rübenfläche nur stark sinken und eine der beiden österreichischen Zuckerfabriken müsste schließen. Mit allen Konsequenzen für die dort arbeitenden Menschen. Im schlimmsten Fall könnte der Rübenanbau in Österreich komplett zum Erliegen kommen.

Chemiefreie Natur? Dabei setzen sich Lebensmittel aus Tausenden chemischen Stoffen zusammen – ob biologisch oder konventionell erzeugt. In kleinen Mengen kann unser Körper diese Stoffe leicht verarbeiten. Er macht keinen Unterschied zwischen natürlichen und künstlichen Stoffen. Und die Inhaltsstoffe von Pflanzen sind zum Teil alles andere als im landläufigen Sinn „gesund“: So besteht eine unbehandelte Himbeere aus Stoffen wie Cumarin, welches Leberschäden verursacht und als Rattengift eingesetzt wird. Die Himbeere hätte keine Aussicht auf lebensmittelrechtliche Zulassung, wollte man sie künstlich herstellen. Ähnliches trifft auf unser gesamtes Essen zu. Kohl produziert zur Abwehr von Fraßfeinden 49 verschiedene giftige Substanzen. 99,99 Prozent aller aufgenommenen „Pestizide“ sind natürlichen Ursprungs, also von den Pflanzen selbst erzeugt.

Fazit: Die Landwirtschaft in Österreich ist weder für die hohen Bienenverluste verantwortlich noch produziert sie Gift. Ganz im Gegenteil: Noch nie waren unsere Lebensmittel gesünder, die integrierte Produktion besser auf Umweltschutz ausgerichtet! Es ist eben die moderne Landwirtschaft, die sicherstellt, dass wir alle ausreichende Mengen an gesunden heimischen Lebensmitteln zu leistbaren Preisen zur Verfügung haben. Das sollten all jene, die heute mit kurzfristigem Blick auf die Schlagzeile von morgen Entscheidungen treffen, bedenken.

„99,99 Prozent aller aufgenommenen ‚Pestizide‘ sind natürlichen Ursprungs, also von den Pflanzen selbst erzeugt.“





DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Wirtschaftsbericht	22
Pharmazeutische Industrie	23
Biokraftstoffe	24
Biotechnologie	24
Kunststoffe	25
Pflanzenschutz	26
Düngemittel	26
Wasch- Und Reinigungsmittel	27
Kosmetik	27
Lacke und Anstrichmittel	28
Biozide	29
Bauchemie	29
Faserindustrie	29
Technische Gase	30
Kautschukverarbeitende Industrie	30
Bitumenemulsionsindustrie	30
Dach- und Abdichtungsbahnen	30



WIRTSCHAFTSBERICHT

Chemische Industrie Österreich 2014

Optimismus und Stagnation. Die chemische Industrie startete mit Optimismus in das Jahr 2014. Der milde Winter zu Anfang des Jahres beflügelte vor allem den Baubereich und damit auch die Chemie-Zulieferungen und ließ den Umsatz steigen. Dieser Optimismus ist aber spätestens zur Mitte des Jahres verfliegen und die anfängliche Dynamik ist in Stagnation übergegangen. Auch der Bauzuliefersektor fiel wieder zurück. Das Gesamtjahresergebnis 2014 der österreichischen Chemie liegt wegen der zurückhaltenden Nachfrage mit einem Plus von 0,5 Prozent nur wenig über dem Nullpunkt. Damit schwächelte die Branche das dritte Jahr in Folge. 2012 gab es ein kleines Plus von 0,2 Prozent, 2013 sogar ein Minus von 2,8 Prozent. Zur Erinnerung: im Jahr 2010 konnte die chemische Industrie ein Wachstum von 16 Prozent erwirtschaften. Allerdings war diesem erfolgreichen Jahr der Wirtschaftseinbruch 2009 vorangegangen.

Agrochemikalien, Chemiefasern und Lacke überdurchschnittlich. Von den Teilsparnen entwickelten sich Agrochemikalien, Chemiefasern, Lacke und der Kunststoffsektor besser als der Durchschnitt, während Chemikalien, Kautschukwaren und

Pharmazeutika das Gesamtergebnis drückten. Im Pharmabereich wirken sich nicht nur Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, sondern auch der automatische Preisdruck durch auslaufende Patente negativ auf die Umsatzentwicklung aus. Außerdem wird die Forschung zusehends nach außerhalb Österreichs und außerhalb Europas verlagert.

Auslandsnachfrage lebhafter. Während die Inlandsnachfrage nach Chemieprodukten dahindümpelte, war die Nachfrage aus dem Ausland etwas lebhafter. Zwei Drittel der heimischen Chemieausfuhren gehen in die Europäische Union. Von diesen Ländern fragten vor allem die Niederlande, Frankreich und Polen österreichische Chemieprodukte verstärkt nach. Außerhalb der EU war die Nachfrage aus der Schweiz steigend. Die Exporte nach Italien und Großbritannien ließen dagegen nach.

Die Chemieinvestitionen weisen für 2014 ein beachtliches Plus von 15,1 Prozent aus. Dieses basiert allerdings auf einem sehr schwachen Jahr 2013. Tatsächlich bewegten sich die Investitionen im langjährigen Schnitt. Die Chemie bleibt damit aber weiterhin der zweitgrößte Investor unter den Industriebranchen.

Weniger Beschäftigte. Die müde Konjunktur schlug sich natürlich auf den Beschäftigtenstand nieder. 42.839 Frauen und Männer waren Ende 2014 in der chemischen Industrie beschäftigt. Das bedeutet einen Rückgang um 0,7 Prozent gegenüber dem Jahr davor. Damit verliert die Chemie nach einer Erholungsphase zu Beginn des Dezenniums wieder das zweite Jahr in Folge Mitarbeiter.

Schlüsselindustrie. Die chemische Industrie steht mit einem Großteil Ihrer Produkte am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Sie ist damit eine Schlüsselindustrie. Es ist für Österreichs wirtschaftliche Zukunft dringend notwendig, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Es muss ein industrie- und technologiefreundliches Klima geschaffen werden. Denn die Ängste der Bevölkerung vor Neuem verbauen dem Land Zukunftschancen. Der wichtigste Produktionsfaktor für die Chemie ist aber ein gut ausgebildeter Mitarbeiterstab. Hier muss ein Spitzenplatz angestrebt werden. Denn Österreichs chemische Industrie und auch Österreich selbst haben im internationalen Wettbewerb nur Chancen, wenn sie mit Know-how, intelligenten Abläufen und einem industriefreundlichem Umfeld aufwarten können.

PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE UNTER STARKEM PREISDRUCK

Anhaltende Stagnation. Wirtschaftlich gesehen war das Berichtsjahr 2014 von anhaltender Stagnation am Arzneimittelmarkt gekennzeichnet. Trotz eines hohen Mengenabsatzes konnten aufgrund der Preisentwicklungen die Vorjahresumsätze nicht mehr erreicht werden. Für den Bereich der Pharmawirkstoffe bedeutet dies immerhin, dass der dramatische Preisverfall im Jahr 2013 unterbrochen werden konnte. Die Gründe für diese Entwicklung liegen nach wie vor in der Nichtdurchsetzbarkeit von Preiserhöhungen gegenüber den Sozialversicherungssystemen sowohl in Österreich als auch in Europa.

Die Sicherung gegen Arzneimittelfälschungen ist das beherrschende Thema für den Arzneimittelbereich. Die Industrie wird zukünftig dazu verpflichtet, für diesen Zweck ein Verifikationssystem aufzubauen. Dabei sind administrative Mehrbelastung und Investitionserfordernisse für die Industrie unvermeidlich, um den Schaden durch gefälschte Arzneimittel gering zu halten. Es soll den Apotheken ermöglichen, illegal in die Lieferkette gelangte Packungen vor der Abgabe an die Patienten auszusortieren. Dazu benötigt es zur endgültigen Festlegung technischer Rahmenbedingungen noch eines entsprechenden Delegierten Rechtsaktes der Europäischen Kommission zur Ergänzung der sogenannten

die Harmonisierung der Erfordernisse für die Zulassung insbesondere von Biosimilars sowie die Entwicklung von gemeinsamen Perspektiven hinsichtlich der wissenschaftlichen Bewertung im Rahmen von Zulassungsverfahren bringen.

Die Umsetzung der Verwaltungsgerichtsbarkeit ließ 2014 noch auf sich warten. In die Unabhängigkeit des Verwaltungsgerichts werden seitens der Industrie große Hoffnungen gesetzt, weil damit strittige Entscheidungen auf Erstattung die von der TransparenzRL geforderte Nachvollziehbarkeit erhalten sollten.

Verfassungsgerichtshof. Mit den Preisregelungen der Heilmittellevaluierungskommission wurde auch der Verfassungsgerichtshof beschäftigt. Vor allem die Erstattung von Biosimilars nach den Regeln für Generika wird nach Ansicht der Industrie den tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht. Das Urteil der Verfassungsrichter bringt in diesem Zusammenhang jedoch keine neue Perspektive. In einer anderen Angelegenheit sind die Verfassungsrichter der bisherigen Argumentation der unabhängigen Heilmittelkommission nicht gefolgt und haben eine wesentliche Klarstellung bezüglich der Erstattung von Generika und deren Referenzarzneimittel vorgenommen.

„Der Anteil der Arzneimittelkosten an den Gesundheitskosten liegt in Österreich deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Trotzdem ist der Druck auf die Arzneimittelpreise durch die öffentlichen Beschaffer enorm hoch.“

Fälschungsrichtlinie. Diese wurde im Laufe des Jahres 2014 intensiv verhandelt, konnte jedoch noch nicht wie von der Europäischen Kommission geplant Ende 2014 veröffentlicht werden.

TTIP. Unerwartetes Medien- und Öffentlichkeitsinteresse erhielt das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Darin wollen sich die Vertragspartner hinsichtlich des Arzneimittelsektors insbesondere auf eine besser aufeinander abgestimmte Vorgangsweise einigen. Dies soll vor allem Verbesserungen bei der Inspektion von Betrieben hinsichtlich der Guten Herstellungspraxis,

Die traditionell exportstarke heimische Arzneimittelproduktion hat sich auf europäischer Ebene dafür ausgesprochen, Erleichterungen hinsichtlich des Exports von in der in der EU patentgeschützten Arzneimitteln zu schaffen. Mit der „Advanced Manufacturing Provision“ soll die Produktion innerhalb der EU für Märkte möglich werden, in denen die Patente bereits abgelaufen sind.

Auch die Umsetzung der Gesundheitsreform bewegt die Branche. Obwohl selbst nur in wenigen Teilaspekten direkt betroffen, stellen die Gesamtkosten für das Gesundheitssystem natürlich auch eine wesentliche Rahmenbedingung für die



Arzneimittelwirtschaft dar. Der Anteil der Arzneimittelkosten an den Gesundheitskosten liegt in Österreich deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Trotzdem ist der Druck auf die Arzneimittelpreise durch die öffentlichen Beschaffer enorm hoch. Die Industrie spricht sich dafür aus, neben den Arzneimittelkosten auch die Sparpotenziale bei den niedergelassenen Ärzten und im Krankenhausbereich zu erforschen und gegebenenfalls zu heben.

Die traditionell auch in Österreich überwiegend forschungsintensive Arzneimittelbranche ist durch die Änderung der Verordnung über klinische Versuche betroffen, weil durch die Harmonisierung der Fristen und Antragsbearbeitung ein Wettbewerbsvorteil für Österreich zu entfallen droht. Der Fachverband setzt sich dafür ein, dass sich Österreich seine Spitzenposition in Sachen klinischer Versuche erhält bzw. verteidigt.

Gebühren. Die Problematik der stark steigenden Gebühren ist nicht nur ein Phänomen auf nationaler Ebene, sondern schlägt auch auf die EU-Ebene durch. Die Pharmakovigilanzgebühren, die von der Europäischen Arzneimittelagentur eingehoben werden, sind für kleine und mittelständische Betriebe ein großer Kostenfaktor. Lediglich hart umkämpfte Ausnahmen ermöglichen es kleineren Betrieben, absatzmäßig weniger bedeutende Produkte auf dem Markt zu halten.

Für 2015 werden die Verhandlungen zur Verlängerung des Rahmen-Pharmavertrages eine Weichenstellung für den österreichischen Pharmamarkt bedeuten.

BIOKRAFTSTOFFE

Nachhaltigkeitsverordnung: Wettbewerbsnachteile weggefallen

Rechtslücke geschlossen. Mit der Nachhaltigkeitsverordnung zum Mineralölsteuergesetz wurden 2014 die Nachhaltigkeitsanforderungen für Biokraftstoffe mit der Mineralölsteuer verknüpft. Steuerbegünstigungen für Biokraftstoffe in Reinverwendung

bzw. im Rahmen der Beimischung (Steuer-spreizung) werden zukünftig nur noch für Biokraftstoffe gewährt, welche die Nachhaltigkeitsanforderungen gemäß Kraftstoffverordnung erfüllen. Damit wurde eine Rechtslücke geschlossen,

Wettbewerbsnachteile gegenüber Biodieselimporten ohne Nachhaltigkeitszertifikat fallen weg.

Nach langen Verhandlungen konnte im Juni 2014 eine Einigung der EU-Mitgliedstaaten zur ILUC-Richtlinie erzielt werden. Danach wird die Richtlinie wieder im europäischen Parlament behandelt. Österreichs Biodieselproduzenten haben dazu folgende Positionen:

- ILUC-Faktoren werden vor dem Hintergrund der mangelnden wissenschaftlichen Belastbarkeit und Konsistenz der ILUC-Modelle abgelehnt.
- Für bestehende Anlagen muss Bestandsschutz vor dem Hintergrund des verfassungsrechtlichen Rechtsgrundsatzes des Vertrauensschutzes gelten.
- Abfall- und Reststoffe wie z.B. gebrauchtes Speiseöl oder tierische Fette müssen als fortgeschrittener Biokraftstoff anerkannt werden.



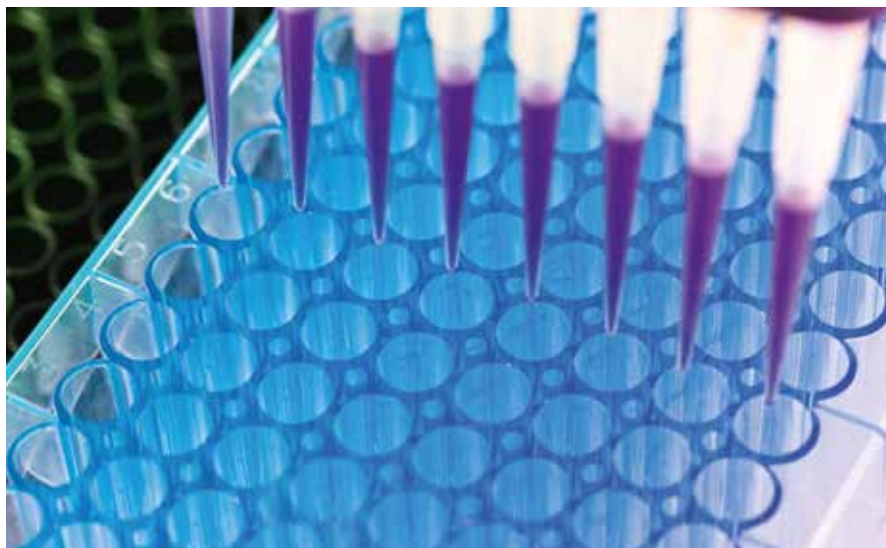
BIOTECHNOLOGIE

Umorganisation der Austrian Biotech Industry weiterbetrieben

Fokussierung auf Themenarbeit. In Zukunft sollen die Aktivitäten themenfokussiert vorangetrieben werden. Die ABI wird dabei den Schwerpunkt auf Interessenarbeit legen und hinsichtlich Standortmarketing weiterhin eng mit den Life-Science-Clustern kooperieren.

Im Bereich des Bio-Patent-Monitorings hat sich das Biopatent-Monitoring-Komitee mit der Vorbereitung des vierten Berichtes an den Nationalrat beschäftigt. Nach mittlerweile 12 Jahren seit der Umsetzung der Biopatentrichtlinie in österreichisches Recht sind keine negativen Auswirkungen im Sinne des Monitoringauftrages feststellbar. Durch die geschaffene Rechtssicherheit wurde vor allem ein positiver Impuls für die österreichische Biotechnologieszene gegeben.

Im Bereich des Tierversuchsrechts gab es eine wesentliche, die Umsetzung der



neuen Tierversuchs-RL begleitende und ergänzende Aktivität der Erstellung eines ethischen Kriterienkatalogs. Das zuständige Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat eine sehr ambitionierte wissenschaftliche Arbeit zur Entwicklung eines solchen Kriterienkatalogs in Auftrag gegeben. Die ersten Vorschläge für den Kriterienkatalog, der die Entscheidungsfindung mithilfe eines

mathematischen Modells vorsah, mussten jedoch als in der Praxis nicht umsetzbar zurückgewiesen werden. Die Arbeiten an dem Kriterienkatalog werden 2015 fortgesetzt und müssen nach der gesetzlichen Vorgabe innerhalb dieses Jahres auch zum Abschluss kommen. Der Fachverband setzt sich für den Abbau bürokratischer Hürden und damit für den Schutz des Forschungsstandorts ein.

KUNSTSTOFFE

Impulse durch das Auslandsgeschäft

Leichtes Plus. Die Kunststoffherzeugung konnte 2014 den Produktionswert um 1,1 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro steigern. Der Export legte um 1,2 Prozent auf rund 1,8 Milliarden Euro zu. Die Branche profitierte einerseits von niedrigeren Vormaterialkosten, es mangelte aber an Nachfrageimpulsen.

Die ersten Monate 2014 liefen – nicht zuletzt wegen der milden Witterung, die für den Bau gut war – für die Kunststoffverarbeitung sehr stark an. Der Elan der ersten Monate ließ aber im Jahresverlauf nach. Letztlich wurde nur ein knappes Plus von 1,9 Prozent erreicht. Der Zuwachs ist hauptsächlich auf technische Kunststoffwaren und Konsumkunststoffwaren zurückzuführen. Diese konnten wertmäßig um 10,1 Prozent zulegen. Die anderen Bereiche waren dagegen stagnierend (Halbzeug) oder im Minus (Baubedarf -4,3 Prozent und Verpackungen -2,4 Prozent).

Die Impulse kamen dabei hauptsächlich aus dem Auslandsgeschäft (+ 3,6 Prozent). Die Ausfuhren nach Deutschland, dem Haupthandelspartner, legten dazu mit einem Plus von 2,8 Prozent die Basis. Gut lief auch das Geschäft mit Belgien, den Niederlanden, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Die Exporte überwiegen klar den Import. Die Kunststoffverarbeitung leistet einen positiven Beitrag zur Handelsbilanz in Höhe von ca. 500 Millionen Euro. 25.252 Mitarbeiter waren mit Ende Dezember in der Kunststoffverarbeitung beschäftigt.

Marine Litter. Das Thema Marine Litter behandelte der Fachverband bereits über mehrere Jahre gemeinsam mit den

„Die Kunststoffverarbeitung leistet einen positiven Beitrag zur Handelsbilanz in Höhe von ca. 500 Millionen Euro. 25.252 Mitarbeiter waren mit Ende Dezember in der Kunststoffverarbeitung beschäftigt.“

deutschen Verbänden BKV und IK sowie dem schweizerischen Kunststoffverband. 2014 wurde die Thematik auch in Österreich schlagend. Zeitungsberichte über Messungen in der Donau im Jahr 2010, bei denen Kunststoffpellets in hoher Zahl ge-



funden wurden, führten zu turbulenten öffentlichen Diskussionen. Dabei war dieser Kunststoffeintrag durch ein spezielles Ereignis hervorgerufen worden, das Problem war bereits gelöst und eine nachfolgende Messung zeigte bereits drastisch niedrigere Werte.

Der Fachverband nahm den Vorfall zum Anlass, mit Experten und Mitgliedsfirmen ein mehrstufiges Maßnahmenpaket zu erarbeiten, um den Verlust an Kunststoffrohstoffen in Produktionsanlagen zu minimieren. In einer Umfrage unter den Kunststofffirmen versuchte er dabei mögliche Verlustquellen zu identifizieren und Maßnahmen gegen Verluste zu finden. Gleichzeitig beteiligte sich der Fachverband gemeinsam mit BKV, IK und Swiss Plastics

an einer Machbarkeitsstudie zu einer Untersuchung über die Eintragswege von Kunststoffen in Gewässern.

EN 15804. Die Arbeiten an einer austri-fizierten EN 15804, an denen sich der

Fachverband im Normungsinstitut beteiligte, wurden 2014 eingestellt. Die Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene hatten sich geändert, da innerhalb des CEN/TC 350 ein Diskussionsprozess startete, ob die in den Regelwerken enthaltenen 22 Umweltindikatoren ausreichen bzw. ob die richtigen gewählt wurden. Es schien deshalb für das ASI zweckmäßig, die Entwicklung auf europäischer Ebene abzuwarten und zu gegebenem Zeitpunkt ein neues, modifiziertes Normprojekt zu initiieren.

Kondensat. Die Plattform Fenster, die der Fachverband gemeinsam mit den Fachverbänden der Holzindustrie und der Metallwarenindustrie organisatorisch unterstützt, gab unter anderem eine Studie über die Kondensatbildung in Auftrag. Auch wirtschaftliche Fragen wie die Optimierung des Sanierungsschecks bzw. faire Vergabebedingungen wurden behandelt. Der im Fachverband angesiedelte Österreichische Arbeitskreis Kunststofffenster unterstützte wieder den Branchentag der österreichischen Fensterindustrie, das „Fenster-Türen-Treff“. Im Berichtsjahr kam es auch zu einem Relaunch der Website www.fenster.at.

PFLANZENSCHUTZ

Spürbare Folgen durch Neonicotinoid-Verbote

Aufklärung & Dokumentation. Das Jahr 2014 zeigte die ersten Folgen des EU-weiten Neonicotinoid-Verbots für die österreichische Landwirtschaft auf. Schädlinge wie Drahtwurm, Maiswurzelbohrer und Erdfloh stellten Landwirte vor große Herausforderungen und führten zu erheblichen Ernteverlusten – vor allem in der Steiermark. Die schwierigen Witterungsverhältnisse erschwerten die Situation nochmals. Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) hat diese Ernteschäden in einer Video-Reihe dokumentiert und zeigt damit auf, welche weitreichenden Konsequenzen ein über-eiltes Verbot einer gesamten Wirkstoffklasse nach sich zieht.

Feldversuch. Mit dem Projekt „schauFELDER“, das gemeinsam mit der „Erzeugergemeinschaft Zistersdorf“ umgesetzt wurde, stellte die IGP auf anschauliche Weise den Nutzen von Pflanzenschutzmitteln für die Ernährungssicherheit dar. Bei diesem Feldversuch wurden auf mehreren Parzellen verschiedene Kulturpflanzen angepflanzt, jeweils eine Hälfte wurde mit

Pflanzenschutzmitteln behandelt, die andere nicht. Die Ergebnisse dieses Versuchs sprechen für sich: Bei den Feldern ohne Behandlung mit Pflanzenschutzmitteln zeigten sich signifikante Verluste zwischen 20 und 86 Prozent. Auch bei der Qualität hat es deutliche Einbußen gegeben. Würden die österreichischen Bauern komplett auf Pflanzenschutzmittel verzichten, wäre damit die Selbstversorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln gefährdet. Dieses Projekt unterstreicht damit die Bedeutung des Pflanzenschutzes für die Ernährungssicherheit Österreichs.

Der Aufruf der Industrie zu einer sachlichen Debatte rund um den Pflanzenschutz hat im Jahr 2014 erste Früchte getragen. Zwar wurde zu Beginn des Jahres seitens der Umweltschutzorganisationen noch populistische Stimmung gegen Pflanzenschutzmittel gemacht, aber im zweiten Halbjahr beruhigte sich die Situation. Damit ist der Grundstein für einen gemeinsamen Dialog gelegt, den die IndustrieGruppe Pflanzenschutz 2015 starten wird.



DÜNGEMITTEL

Nachfragesteigerung zu erwarten

Extreme Wettersituation. 2014 war anfangs durch extreme Wettersituationen geprägt. In Mittel- und Nordeuropa setzte sich ungewöhnlich früh sehr warmes Wetter durch. Dadurch bedingt hat sich die Nachfrage nach organischen Düngemitteln aus dem Süden Europas mit jener aus dem Norden überlagert. Deshalb erreichten die Hersteller ihre Kapazitätsgrenzen und waren teilweise sogar ausverkauft, konnten bei den Preisen aber meist nicht schnell genug reagieren.

Die für die Nahrungsmittelproduktion weltweit verfügbare Fläche kann bis zum Jahr 2050 nur noch um 4 Prozent ausgedehnt werden. Laut FAO braucht es bis dahin eine um 36 Prozent höhere Nährstoffzufuhr, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren. Demnach muss der Verbrauch und Bedarf an Düngemitteln in den kommenden Jahrzehnten kontinuierlich zunehmen.

Die Nachfrage nach ökologisch angebauten Lebensmitteln wird auch in den nächsten Jahren insgesamt stärker, wodurch auch den Markt für organische Düngemittel positiv beeinflusst wird.

Der Euro wird gegenüber dem Dollar voraussichtlich weiter an Wert verlieren. Da die Exporte in die USA und nach Asien meist in US-Dollar abgewickelt werden, dürfte dies den Bedarf an organischen Düngemitteln aus Österreich zusätzlich anfeuern.



WASCH- UND REINIGUNGSMITTEL

Nachhaltigkeit im Mittelpunkt

Angespannte Lage. Das Jahr 2014 war für Unternehmen, die im Bereich der Wasch- und Reinigungsmittel tätig sind, wirtschaftlich äußerst schwierig. Der österreichische Markt entwickelte sich insbesondere bei Publikumsprodukten sogar rückläufig. Auch die Exportmärkte in Mittel- und Osteuropa blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Selbst die ständige Anpassung des Produktportfolios mit neuen innovativen Produkten konnte die Probleme nicht mindern. Der Ausblick für 2015 ist nur verhalten optimistischer.

Die angespannte wirtschaftliche Lage und die damit verbundenen Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten führte 2014 auch zu einer Stagnation im professionellen Reinigungsbereich.

Stoffrechtlich gab es große Herausforderungen für die Branche. Insbesondere die Umstellung der Einstufung und Kennzeichnung auf die neuen Kriterien der CLP-Verordnung erweist sich äußerst komplex. Für eine richtige und verbraucher-gerechte Einstufung wurde auf europäischer Ebene ein EDV-unterstütztes



System entwickelt, genannt DetNet (www.det-net.eu). Zusätzliche ressourcenintensive Herausforderungen sind durch REACH und die Vorbereitung auf die Zulassung von desinfizierenden Reinigungsmitteln gemäß Biozidprodukte-recht entstanden.

Nachhaltig. Die „Charta zur nachhaltigen Reinigung“ wird im europäischen Waschmittelverband AISE laufend angepasst, neben dem Schutz der Umwelt wird die soziale Verantwortung wesentlich stärker betont. Auch die Hersteller von gewerblichen Wasch- und Reinigungsmitteln setzen verstärkt auf Nachhaltigkeit. Neben dem auf EU-Ebene entwickelten Umweltzeichen für gewerbliche Wasch- und Geschirrspülmittel wurde in Österreich ein

Umweltzeichen für Bodenpflegeprodukte geschaffen.

Eines ist aber sicher: Alle Bemühungen der Branche um nachhaltige Lösungen gelingen nur mit Unterstützung der Endverbraucher: sichere Lagerung der Produkte außerhalb der Reichweite von Kindern, richtige Dosierung, Einsatz von Konzentraten und Niedrigtemperaturwaschmittel, Reduktion der Waschtemperatur und der Griff zum geeigneten Spezialwaschmittel. Viele weitere verbraucher-gerechte Maßnahmen sind unter <http://de.cleanright.eu> zusammengefasst. Unter www.haushalt-aktiv.at und <http://reinigen.fcio.at> wird der Dialog zwischen Herstellern von Wasch- und Reinigungsmitteln und den Konsumenten sowie gewerblichen Endkunden in Österreich weiter verstärkt.



KOSMETIK

Neues Kosmetikrecht kein Stolperstein

Zusammenarbeit. Die Umstellung auf die neue EU-Kosmetikverordnung wurde von der Kosmetikbranche ohne nennenswerte Probleme gemeistert: EU-weite Notifizierung (CPNP), das Meldesystem für Nanomaterialien, festgelegte Kriterien für Werbeaussagen sowie verpflichtende Cosmetovigilance sind nur einige der neuen Bestimmungen. Die gute Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium und der Agentur für Ernährungssicherheit wurde im Sinne einer effizienten Umsetzung der Kosmetikregelungen und zur Sicherheit der Verbraucher fortgesetzt. Zusätzlich investieren die Unternehmen der Kosmetikindustrie europaweit immer noch substantielle

Ressourcen in die Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen. Seit März 2013 gilt das Vermarktungsverbot für Produkte, deren Inhaltsstoffe im Tierversuch getestet werden.

Interaktiver Dialog. Die Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit wurden unter der Branchenplattform www.kosmetik-transparenz.at online fortgesetzt und der interaktive Dialog wurde forciert. Der Newsletter, regelmäßige Blogs über neueste Trends und Entwicklungen sowie die „Kosmetik auf Reisen“-App führten zu einer erfreulichen Entwicklung in der Webpräsenz der Branche.



LACKE UND ANSTRICHMITTEL

Ein ernüchterndes Jahr, aber neue Lehrlingsausbildung

Ernüchterndes Ergebnis für 2014. Das Jahr 2014 begann für die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie zufriedenstellend. Der leichte Abwärtstrend von 2013 konnte vorläufig gestoppt werden. Im ersten Quartal wurde noch ein Umsatzplus von 5,2 Prozent erreicht. Doch bereits im 2. Quartal kam es zu einer deutlichen Abschwächung und Trendumkehr. Insgesamt ist das Ergebnis für 2014 mit einer Steigerung um nur 0,6 Prozent auf

„Die Gebührenerhöhungen müssen verdient werden. Die Preise der Produkte werden steigen.“

433 Mio Euro als ernüchternd zu bezeichnen. Insbesondere der Industrielackbereich und die Lackproduktion für die Automobilindustrie litten unter der Reduktion der Stückzahlen bei den Autoherstellern und der allgemeinen Stagnation der Wirtschaft. Auch der Bautenlacksektor entwickelte sich schwach. Verstärkt wurden diese Effekte durch die politische Krise Russland – Ukraine und die von der EU verhängten Wirtschaftssanktionen. Die österreichische Lackindustrie erreichte 2014 lediglich wieder das Vorjahresniveau.

Neben den umweltpolitischen Dauerbrennern REACH und CLP – am 1. Juni 2015 ist die chemikalienrechtliche Kennzeichnung auch für Gemische auf das neue

CLP-System umzustellen – standen unter anderem die massive Erhöhung der Biozidgebühren, die Änderungen der Verpackungsverordnung/Abgrenzungsverordnung sowie das Energieeffizienzgesetz im Zentrum der Berufsgruppenarbeit.

REACH erreicht Lackindustrie. Die Auswirkungen der REACH-Verordnung, insbesondere im Bereich der Verbote und Beschränkungen – genannt seien hier Kobalt, MIT,

Styrol und Isocyanate – erreichten 2014 auch die Lackindustrie und stellten die Unternehmen vor große Herausforderungen. Die Forschungsabteilungen der Unternehmen arbeiten an Lösungen, sie brauchen aber mehr Zeit.

Unakzeptable Biozidgebühren-Verordnung. Nach heftigen Protesten der Berufsgruppe gegen die Biozidgebühren-Verordnung hat der Umweltminister die Gebühren im Vergleich zum ersten Entwurf zwar reduziert, das Ergebnis bleibt aber trotzdem nicht akzeptabel. Diese Gebührenerhöhungen müssen verdient werden, die Preise der Produkte werden steigen. Zusätzliche Kosten drohen auch durch den Entwurf

einer Abgrenzungsverordnung für Verpackungsabfälle. Die Gespräche mit den zuständigen Beamten laufen noch.

Neben diesen unerfreulichen Sachbereichen gibt es aber auch eine erfreuliche Entwicklung bei dem von der Berufsgruppe initiierten neuen Lehrberuf „Lack- und Anstrichmitteltechniker“. 2011 hat die Berufsgruppe ein neues Ausbildungskonzept erarbeitet und in den Berufsausbildungsbeirat eingebracht. Nach zweieinhalb Jahren intensiven Verhandeln mit der Arbeitnehmerseite konnte im Jahr 2014 ein Durchbruch erreicht werden. Der Bundesberufsausbildungsbeirat hat dem neuen modularen Lehrberuf zugestimmt und das Wirtschaftsministerium wird Mitte 2015 die neue Ausbildungsverordnung erlassen. Damit kann noch im Jahr 2015 mit der neuen Ausbildung begonnen werden.

Alle Initiativen der Berufsgruppe Lack- und Anstrichmittelindustrie wurden auch dieses Jahr wieder in einem gut besuchten „Presseclub Lack“ an die Öffentlichkeit herangetragen. Im Zentrum stand heuer die Beschränkung von wichtigen Rohstoffen durch die REACH-Verordnung, die enorme Erhöhung der Zulassungskosten von Holzschutzmitteln durch die Biozidgebühren-Verordnung sowie der neue modulare Lehrberuf Lack- und Anstrichmitteltechniker. Insbesondere die Modernisierung der Berufsausbildung fand ein breites Medienecho.

BIOZIDE

Weniger Auswahl an Biozidprodukten

Belastung. Der FCIO hat sich klar gegen den Begutachtungsentwurf zur BiozidprodukteG-GebührentarifVO 2014 und die signifikante Erhöhung der Gebühren ausgesprochen, weil:

- die Behörde keine Berechnungsmodelle zu den einzelnen Gebührentarifen vorlegen kann;
- die Behörde finanzielle Lasten für Aufgaben, welche ihr durch EU-Recht übertragen wurden, auf die Unternehmen abwälzt (z.B. Personalkosten, Dienstreisen zu technischen Meetings, nationale und europäische Berichtspflichten, Vollzugsmanagement, Helpdesk);
- die Behörde Jahresgebühren einführt und keine Erleichterungen für KMUs vorsieht.

Dennoch ist das BMLFUW bedauerlicherweise kaum von seiner Position abgewichen und hat die Verordnung im November 2014 veröffentlicht.

Bei den Herstellern von Biozidprodukten handelt sich vor allem um KMUs, welche von der massiven Erhöhung der Gebühren extrem betroffen sind. Biozidprodukte werden für bestimmte, häufig sehr gezielte Anwendungen eingesetzt. Eine eklatante Erhöhung der Gebühren hat ebenso negative Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Biozidprodukten für Spezialanwendungen. Gerade in diesen Fällen wird künftig eine genaue Abwägung des wirtschaftlichen Nutzens gegenüber den enormen Kosten erfolgen müssen. Der Anteil an Biozidprodukten, mit denen gezielt gegen wenig verbreitete einzelne Organismen vorgegangen werden kann, wird weiter abnehmen.



BAUCHEMIE

Schwierige Umstände, gute Kooperationen

Kleiner Umsatzzuwachs. Gerade noch zufriedenstellend war die wirtschaftliche Entwicklung der österreichischen Bauklebstoffindustrie 2014. Insgesamt konnte ein kleiner Umsatzzuwachs erreicht werden. Während aber in den östlichen Bundesländern die Entwicklung zufriedenstellend war, stagnierte der Westen. Schwierig ist noch immer die Exportsituation in die CEE-Länder. Hier schlägt der Konflikt Ukraine – Russland stark auf die Entwicklung der Exporte durch.

Im Zentrum der Berufsgruppenarbeit stand die Implementierung der neuen Bauprodukteverordnung, die 2013 in Kraft trat. Der Schwerpunkt lag auf der Basisanforderung 7 „Nachhaltigkeit von Gebäuden“,

sie wird für die einzelnen Bauprodukte einen Nachhaltigkeitsausweis verlangen.

Die Berufsgruppe arbeitete auch 2014 wieder eng mit dem Handwerk der Fliesen- und Bodenleger zusammen. Recht erfolgreich verläuft auch die Zusammenarbeit mit der italienischen Fliesenindustrie, dem Fliesenlegerhandwerk und der österreichischen Bauklebstoffindustrie.

Betonzusatzmittel. Die Umsätze der österreichischen Betonzusatzmittelindustrie lagen 2014 auf niedrigem Niveau. Hauptursache war die Zurückhaltung der öffentlichen Auftraggeber bei großen Infrastrukturprojekten.

FASERINDUSTRIE

Wachstum trotz widriger Rahmenbedingungen

Hoher Druck, hohe Überkapazitäten. Im Jahr 2014 hat sich der bereits 2013 begonnene wirtschaftliche Trend auf den Märkten nicht zum Besseren gewendet. Die Preissituation am globalen Fasermarkt war für die heimische Faserindustrie unverändert schwierig. Der Druck auf die Faserpreise war anhaltend hoch und global herrschende Überkapazitäten blieben bestehen.

Gegen den Trend gestemmt. Trotz dieser schwierigen Bedingungen konnte sich die heimische Faserindustrie 2014 noch gegen den Branchentrend stemmen und den Mengenabsatz um 8 Prozent steigern. Dies war durch nachhaltige Kosteneinsparungen, Verbesserungen im Produktmix und durch Inbetriebnahme moderner Produktionsstätten möglich.



Unveränderter Ausblick für 2015. Diese schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden sich im Jahr 2015 fortsetzen. Die globalen Fasermärkte zeigen keine Verbesserungen hinsichtlich der Preisentwicklung. Nach wie vor gibt es ein Überangebot an Baumwolle und Überkapazitäten für industriell gefertigte Zellulosefasern in China.



TECHNISCHE GASE

Einfachere und kostengünstigere Rahmenbedingungen notwendig

Umsatzrückgang. Das in Österreich im vierten Quartal 2014 fast auf null gesunkene Wirtschaftswachstum führte bei den Kunden zu extremer Zurückhaltung bei Investitionen und niedrigen Auftragsständen. Der Effekt war ein Absatz- und Umsatzrückgang bei technischen Gasen. In erster Linie bei allen Luftgasen (Sauerstoff, Stickstoff und Argon) in Stahlflaschen sowie Brenn- und Heizgasen wie Propan. Letztere wurden wegen des milden Winters 2013/2014 weniger nachgefragt. Ein deutlicher Mengenzuwachs bei Trockeneis konnte die Umsatzeinbußen nicht kompensieren.

Aufgrund der Vielzahl von unterschiedlichen und komplexen EU-Regularien und ergänzenden nationalen Vorschriften ist es aufwendig, vorschriftenkonform zu produzieren und auszuliefern.

Durch das neue Energieeffizienzgesetz 2014 werden alle stromintensiven Unternehmen durch Einführung von internen Energiemanagementsystemen oder durch externe Energieaudits mit zusätzlichen Kosten und Aufwänden belastet. Das treibt die Herstellkosten und somit die Verkaufspreise nach oben. Technische Gase spielen eine wichtige Rolle für den Umweltschutz und die Energieeffizienz, jedoch ist es dazu notwendig, für alle Marktteilnehmer einheitliche, einfache und von den Kosten her akzeptable Rahmenbedingungen zu schaffen.

KAUTSCHUK-VERARBEITENDE INDUSTRIE

Herausfordernde Rahmenbedingungen

Rohstoffpreise. Für die Kautschukverarbeitende Industrie war das Wirtschaftsjahr 2014 von anhaltend herausfordernden konjunkturellen Rahmenbedingungen und einem schwierigen Umfeld bei den Rohstoffpreisen geprägt. Aufgrund gesunkener Rohstoffpreise war das Preisniveau und damit auch der Wert der abgesetzten Produktion rückläufig. Bei den Kautschukprodukten für den medizinischen Bereich konnten aber



deutliche Absatzsteigerungen erzielt werden. Im konjunkturabhängigen Sektor der Industriezulieferprodukte konnte der Umsatz zumindest mengenmäßig auch gesteigert werden. Der Bereich der Herstellung von Teilen für Runderneuerung von Bereifungen musste aber ein deutliches Minus im zweistelligen Bereich als Ergebnis des Zusammenspiels aus schwacher Konjunktur und sinkenden Preisen hinnehmen.

BITUMENEMULSIONSINDUSTRIE

Lachendes und weinendes Auge

Beratend zur Seite stehen. Die Bitumenemulsionsindustrie sieht das Jahr 2014 mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Die Nachfrage ist gestiegen, geht aber nicht mit entsprechenden Preisen einher.

Sorge bereitet der Branche auch, dass die Applikation der Emulsionen verstärkt von den Auftraggebern selbst in die Hand genommen wird. Dabei muss den

Ausführenden beratend zur Seite gestanden werden. Etwa bei der Auswahl geeigneter Gesteinsmaterialien bzw. bei der Kalibrierung der Maschinen. Diese qualitätsentscheidenden Kriterien sowie die Festlegung der optimalen Bindemittelmengen mit qualitativ hochwertigen Emulsionen tragen zum Erfolg der Erhaltungsmaßnahmen bei.

DACH- UND ABDICHTUNGSBAHNEN

Erfolge durch Innovation und Kundenservice

Substanzerhaltung. Flachdächer werden immer beliebter. Nicht zuletzt deshalb, weil sie begrünbar sind und man damit mehr Lebensraum gewinnt. Die österreichische Bitumendachbahnen-Industrie produziert hochqualitative Materialien und leistet mit langzeitbewährten Produkten einen wesentlichen Beitrag zur Substanzerhaltung von Gebäuden.

Vorjahresniveau gehalten. Das Bauwesen im Jahr 2014 war gekennzeichnet von anhaltender Unsicherheit über ausreichende

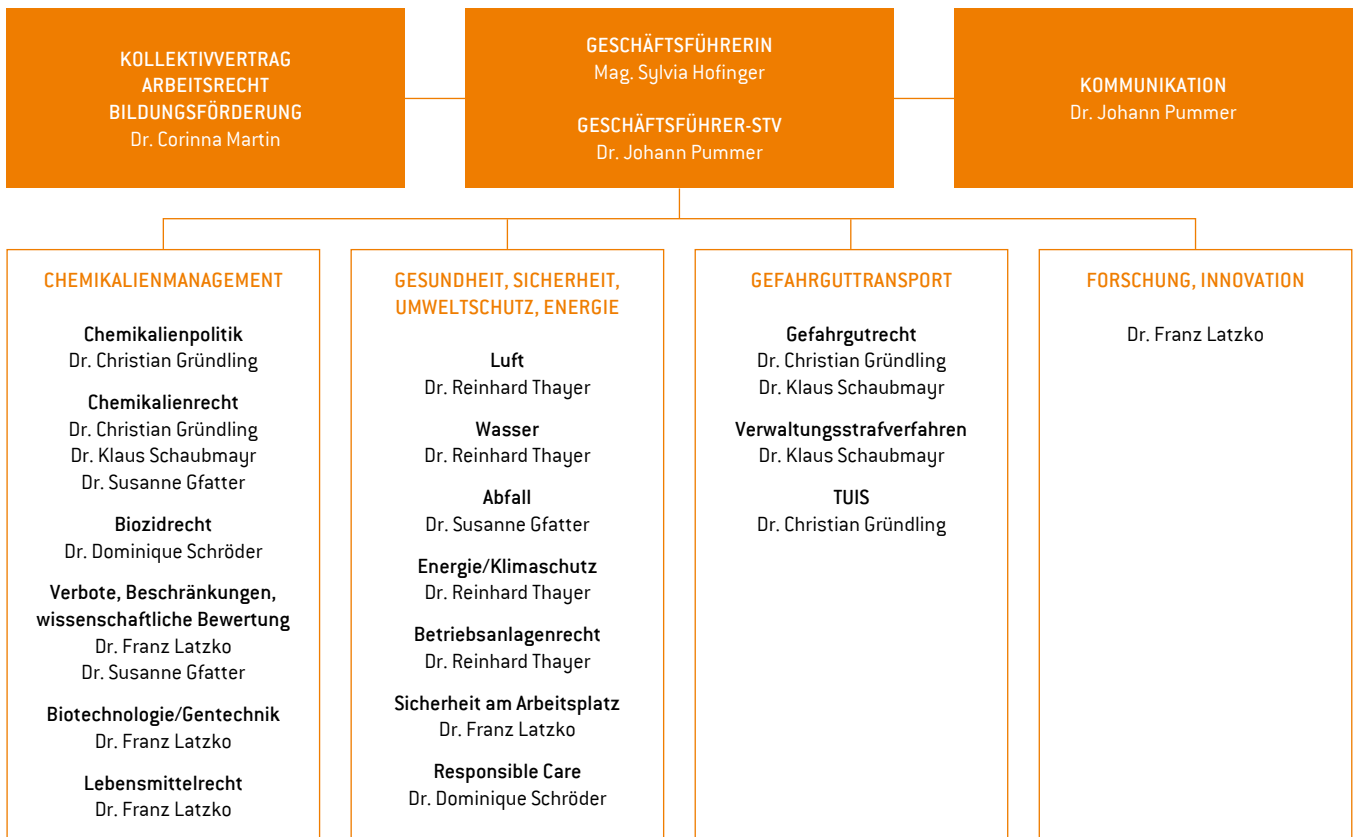
Projektfinanzierungen, rückläufigen Bauansuchen und klar steigender Arbeitslosigkeit am Bau. Wo weniger gebaut wird, wird aber auch weniger neu abgedichtet. Durch den Trend zum Flachdach und flach geneigtem Dach sowie durch unverschiebbare Investitionen im Infrastrukturbereich konnte jedoch das Vorjahresvolumen gehalten werden. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor lag auch in der laufenden Material- und Produktinnovation und dem Bemühen um konstanter Verbesserung von anwenderfreundlichen Kundenservices.



ANHANG

Geschäftsverteilung	32
Ausschüsse	33
Statistik.....	34
<input type="checkbox"/> Handel mit Chemiewaren 2014	
<input type="checkbox"/> Umsätze der chemischen Industrie 2004–2014	
<input type="checkbox"/> Anteile der Branchen 2014	
<input type="checkbox"/> Beschäftigte und Betriebe der chemischen Industrie 2004–2014	
<input type="checkbox"/> Investitionen der chemischen Industrie 2004–2014	

GESCHÄFTSVERTEILUNG



BRANCHENBETREUUNG

KUNSTSTOFFVERARBEITUNG

Dr. Johann Pummer

KUNSTSTOFFERZEUGUNG

Dr. Johann Pummer

PHARMAZEUTIKA

Dr. Franz Latzko

AUSTRIAN BIOTECH INDUSTRY

Dr. Franz Latzko

PFLANZENSCHUTZ

Dr. Dominique Schröder

DÜNGEMITTEL

Dr. Dominique Schröder

WASCHMITTEL/KOSMETIK

Dr. Christian Gründling

AEROSOLE

Dr. Christian Gründling

LACKE – FARBEN

Dr. Klaus Schaubmayr

HOLZSCHUTZ

Dr. Klaus Schaubmayr

BAUKLEBSTOFFE

Dr. Klaus Schaubmayr

BITUMENEMULSIONEN

Dr. Johann Pummer

DACH-, ABDICHTUNGSBAHNEN

Dr. Johann Pummer

KAUTSCHUKWAREN

Dr. Franz Latzko

TECHNISCHE GASE

Dr. Dominique Schröder

CHEMIEFASERN

Dr. Franz Latzko

LEBENS- UND FUTTERMittelZUSATZSTOFFE

Dr. Franz Latzko

TEXTIL-, LEDER-, PAPIERHILFSMITTEL

Dr. Christian Gründling

BIOKRAFTSTOFFE

Dr. Reinhard Thayer

AUSSCHÜSSE

FACHVERBANDSAUSSCHUSS DER CHEMISCHEN INDUSTRIE

PRÄSIDIUM

Dr. Peter Untersperger
Lenzing AG
Fachverbandsobmann

DI Dr. Alexander Bouvier
Treibacher Industrie AG
Fachverbandsobmann-Stellvertreter

KR Ing. Hubert Culik, MAS
Rembrandtin Lack GesmbH
Fachverbandsobmann-Stellvertreter

FACHVERBANDSAUSSCHUSS

Mag. Dr. Ilse Bartenstein
G.L. Pharma GmbH

Dipl.-BW Thomas Fahnemann
Semperit AG

Dr. Ernst Gruber
DuPont Performance Coatings Austria

Mag. William Nikola Kraguljac
Zell-Metall GmbH

DI Alain de Krassny
Donau Chemie AG

DI Stephan Kubinger
IFN-Holding AG

Dr. Richard Anton Kwizda
Kwizda Pharma GmbH

Philipp von Lattorff
Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG

Wolfgang Lux
Poloplast GmbH & Co KG

Manfred Marchgraber
Eurofoam GmbH

DI Ernst Meijnders
Sandoz GmbH

Ing. Thomas Rhomberg
Th. Fries GmbH & Co

Tania Roach
AKZO Nobel Coatings GmbH

Dr. Erik Salzbrenner
DPx Fine Chemicals Austria Nfg GmbH & CO

Dr. Susanne Schober-Bendixen
Baxter AG

DI Helmut Schwarzl
Geberit Produktions GmbH & Co KG

Mag. Günter Thumser
Henkel Central Eastern Europe GmbH

Stefan Welzig
Sanochemia Pharmazeutika AG

Herbert Willerth
Borealis GmbH

FACH- UND BERUFSGRUPPENAUSSCHÜSSE

Arbeitgeberausschuss
V: Dr. Christoph Schwarzer

**Ausschuss für Gesundheit,
Sicherheit und Umweltschutz –
Responsible Care**

AGR. Chemikalienpolitik
V: Dr. Johannes Stockinger

AGR. Responsible Care
V: Dr. Friedrich Hössl

AGR. Wasserrecht
V: Dr. Klaus Götzendorfer

AGR. Abfallbeauftragte
V: Ing. Andreas Griebel

AGR. TUIS
V: Ing. Karl Hofbauer

AGR. Transport
V: Ing. Angelika Frauenberger

**Ausschuss für Kommunikation
und Bildung**

**Berufsgruppenausschuss
Kunststoffverarbeitende
Industrie**
V: Ing. Thomas Rhomberg

**Berufsgruppenausschuss
Pharmaindustrie**
V: Dr. Ilse Bartenstein

**Berufsgruppe Waschmittel –
Kosmetik**
V: Mag. Günter Thumser
Mag. Irene Szimák

AGR. I & I
V: Ing. Heinz Roscher

— **Technische AGR. Waschmittel**
V: Franz Pfeifer

— **Technische AGR. Kosmetik**
V: Ing. Gerhard Gribl

Berufsgruppe Lackindustrie
V: KR Ing. Hubert Culik, MAS

— **Technische AGR. Lacke –
Holzschutzmittel**
V: Dr. Wolfgang Schörkhuber

Industriegruppe Pflanzenschutz
V: Dr. Christian Stockmar

**Berufsgruppe Bitumen-
emulsionsindustrie**
V: DI Wolfgang Eybl

— **Güteschutzausschuss der
österreichischen Bitumen-
emulsionserzeuger**

**Berufsgruppe Dach- und
Abdichtungsbahnen**

Forum Betonzusatzmittel
V: Ing. Markus Kroneder

Berufsgruppe Bauklebstoffe
V: Mag. Bernhard Mucherl

**Österreichischer Arbeitskreis
Kunststoff-Fenster**

**Arbeitskreis Kunststoff-
wirtschaft**
V: Ing. Thomas Rhomberg
(alternierend; vom Fachverband)

ARGE Pharma
V: Dr. Ilse Bartenstein

Austrian Biotech Industry
V: Dr. Christian Eckermann

ARGE Holzschutzmittel
V: Dr. Wolfgang Schörkhuber

ARGE Flüssige Biokraftstoffe
V: Dr. Walter Böhme

— **Ausschuss Biodiesel**
V: Ewald-Marco Münzer

AGR. Aerosole
V: Ing. Gerhard Gribl

V Vorsitz

AGR. Arbeitsgruppe

STATISTIK

Handel mit Chemiewaren 2014

Werte in Mio. EUR

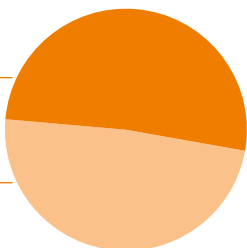
Intra-EU

Einfuhr:
12.960

Veränderung: 1,2%

Ausfuhr:
12.204

Veränderung: 7,5%



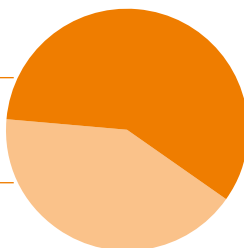
EFTA

Einfuhr:
2.578

Veränderung: 11,1%

Ausfuhr:
1.831

Veränderung: 11,0%



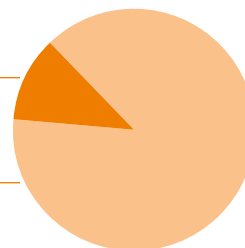
Übrige Länder Europas

Einfuhr:
218

Veränderung: 1,9%

Ausfuhr:
1.684

Veränderung: -1,8%



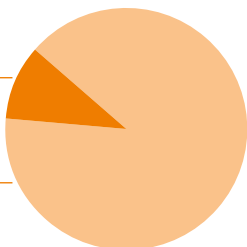
Afrika

Einfuhr:
23

Veränderung: 44,4%

Ausfuhr:
204

Veränderung: -0,2%



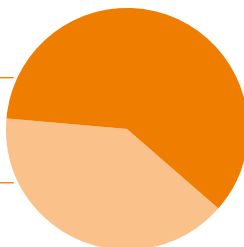
Amerika

Einfuhr:
1.943

Veränderung: 10,2%

Ausfuhr:
1.289

Veränderung: 3,0%



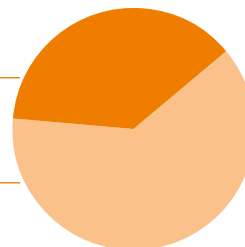
Asien

Einfuhr:
993,2

Veränderung: 2,7%

Ausfuhr:
1.654

Veränderung: 13,0%



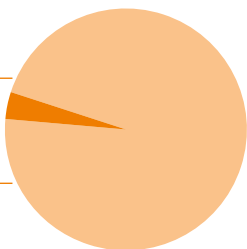
Australien/Ozeanien

Einfuhr:
3,2

Veränderung: -54,3%

Ausfuhr:
84

Veränderung: -10,6%



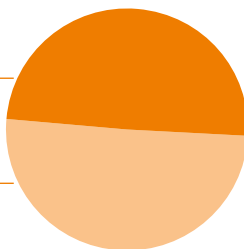
GESAMT

Einfuhr:
18.718

Veränderung: 3,4%

Ausfuhr:
18.949

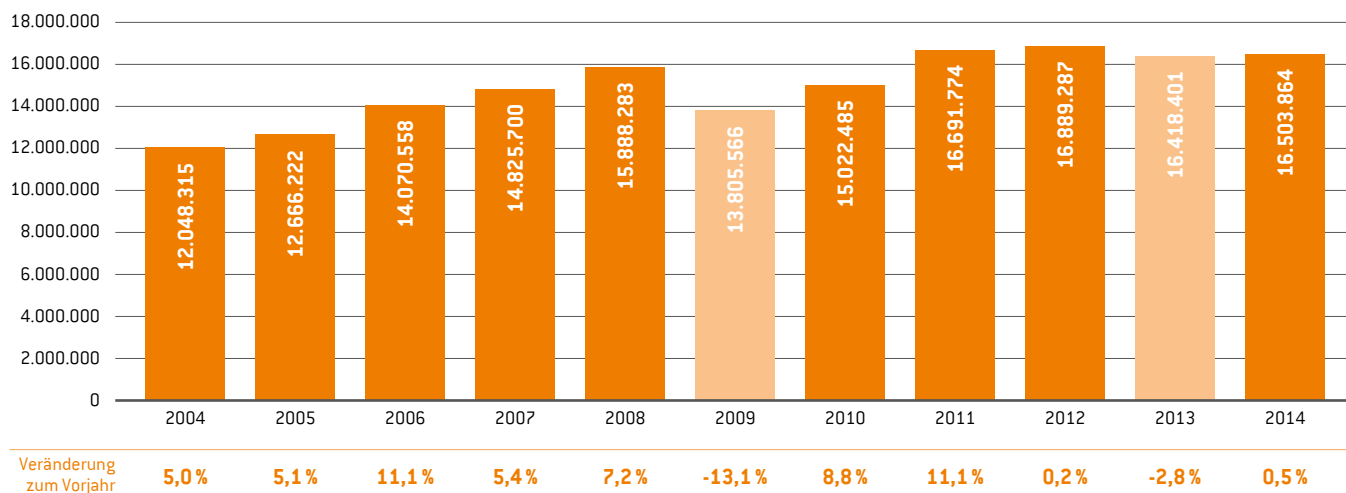
Veränderung: 6,9%



Quelle: Statistik Austria

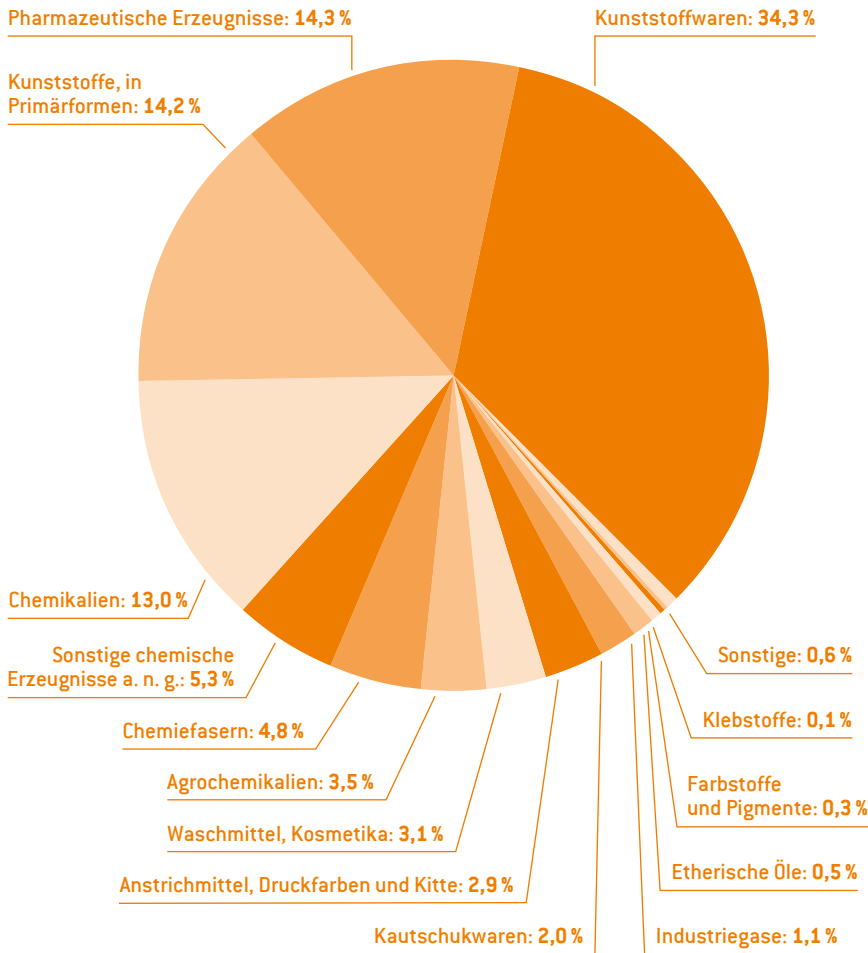
Umsätze der chemischen Industrie 2004–2014

Werte in EUR 1.000



Quelle: Statistik Austria / Berechnung Fachverband

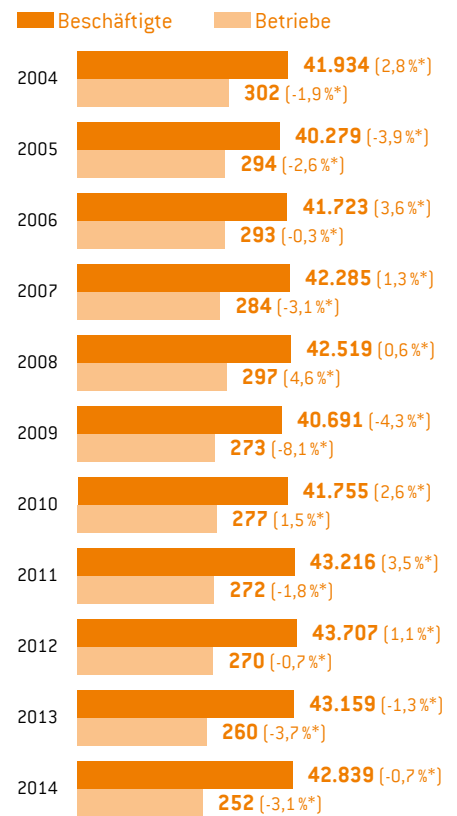
Anteile der Branchen 2014



Quelle: Statistik Austria

Beschäftigte und Betriebe der chemischen Industrie 2004–2014

Jeweils Stand Dezember

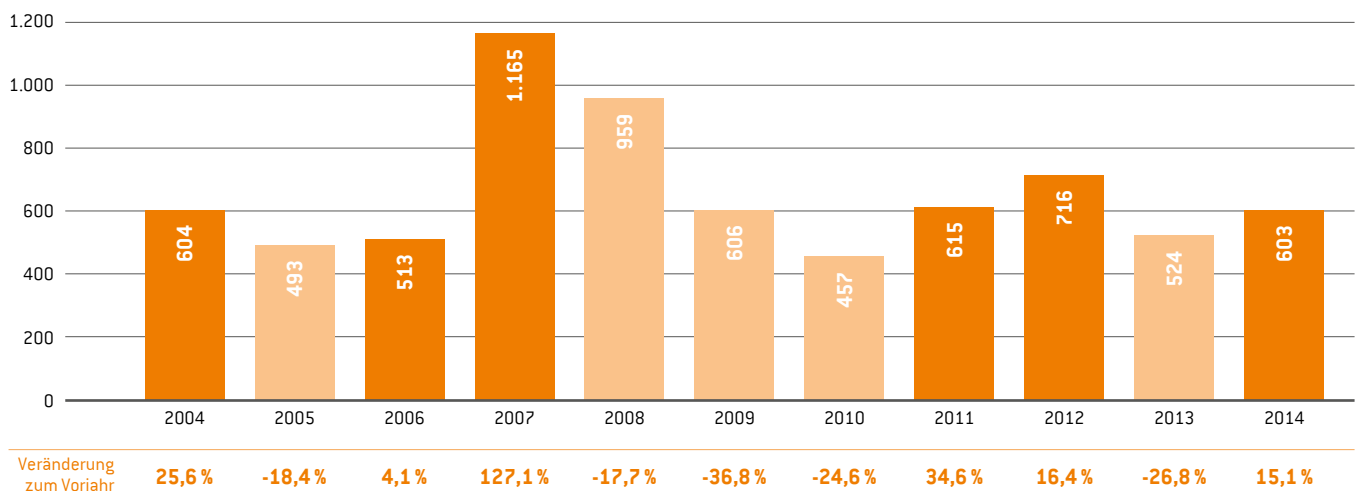


* Veränderung gegenüber Vorjahr

Quelle: Statistik Austria (Kammersystematik)

Investitionen der chemischen Industrie 2004–2014

Werte in Mio. EUR, Stand 26. Februar 2015



Quelle: Investitionstest/WIFO



**FACHVERBAND DER
CHEMISCHEN INDUSTRIE
ÖSTERREICHS – FCIO**

Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien, Austria
T + 43 (0) 590 900-3340
F + 43 (0) 590 900-280
M office@fcio.at
www.fcio.at